

# NÖGemeinde

Das Fachjournal für Gemeindepolitik

Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich

**Jugend**

Jugendgemeinderäte

**Eisenbahnkreuzungen**

Ärger durch pfeifende Züge



DVR: 0930 423

# Bringen Sie Bewegung in Ihre Gemeinde!

„Outdoor-Fitness entwickelt sich immer mehr zum sozialen Treffpunkt der aktiven Generationen. Verbannen Sie Ihre Outdoorfitnessanlage nicht an den Ortsrand, sondern gestalten sie mit unseren Geräten ein generationenverbindendes Kommunikationszentrum. Gerne beraten wir Sie bei der Auswahl des idealen Aufstellungsortes.“

## Twister

Der Twister hat zwei individuelle Plattformen, eine, auf der man steht und eine, auf der man sitzt, und die Kurve dabei als Stütze benutzt. Diese Station verbessert deine Balance- und Koordinationsfähigkeiten und baut gleichzeitig deine Rückenmuskeln auf.

Aktionspreis €  
**2.295,-**



## Sit up

Der Sit-Up stärkt deine Bauch-, Oberschenkel- und Hüftmuskeln auf eine intuitive Weise. Der Schwierigkeitsgrad wird von dir selber und deinem Erfahrungsniveau bestimmt.

Aktionspreis €  
**1.695,-**



## Air Walker

Auf Luft zu laufen ist wahrscheinlich das schönste Gefühl von Freiheit, welches man haben kann. Norwell's AirWalker gibt dir das volle Erlebnis eines frischen Spaziergangs ganz ohne Anstrengung.

Aktionspreis €  
**2.495,-**



## Pull up

Der Pull up kombiniert Krafttraining von mehreren Muskelgruppen in deinen Armen, Schultern, Rücken und Rumpf.

Aktionspreis €  
**2.795,-**



## Tischtennis

Tischtennis bietet einen Weg an, mit viel Spaß fit zu bleiben. Auf eine spielerische und wetteifernde Weise, trainiert Tischtennis gleichzeitig deine Koordination, deine Bewegungen, deine Geschwindigkeit.

Aktionspreis €  
**2.795,-**



Alles für Ihre Gemeinde. Einfach. Schnell. Unbürokratisch.

[www.kommunalbedarf.at](http://www.kommunalbedarf.at)



KOMMUNALBEDARF.AT

Alles für Ihre Gemeinde.

## Aktuell im Juli

### politik



Schwerpunkt Jugend

- 04 Die wichtige Arbeit der Jugendgemeinderätinnen und -räte
- 08 Der Gemeindeförderungsbericht 2013
- 10 Pfeifende Züge sorgen für Ärger
- 12 Gemeindetag im Burgenland
- 18 Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter im Gespräch

### recht & verwaltung



Bund, Länder Gemeinden Wer in Schulfragen wofür zuständig ist

- 22 Die Kompetenzen im Schulwesen
- 24 Steuerliche Rahmenbedingungen für „Essen auf Rädern“

### kommunalinfo

- 04 Niederösterreich im Ersten Weltkrieg

## Partnerschaft leben – Zukunft gestalten

Wie müssen die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen sein, damit unsere Landsleute in unseren Gemeinden ein eigenverantwortliches und vor allem ein erfülltes Leben führen können? In Litschau wie in St. Pölten, in Annaberg wie in Mödling.

Ich denke in Partnerschaft mit dem Land bringen wir diese Herausforderungen ganz gut auf die Reihe.

Und die Zahlen des Landesbudgets bestätigen, dass das Fundament auf dem wir bauen, auf stabilen Beinen steht. Ausgaben in der Höhe von 7,9 Mrd. Euro stehen Einnahmen in Höhe von 8 Mrd. Euro gegenüber. Damit geht das Land Niederösterreich den kontinuierlichen Weg des gezielten Sparens und nachhaltigen Investierens weiter. Gleichzeitig zeigt das Budget, dass wir in NÖ mit den Herausforderungen der Zeit verantwortungsbewusst umgehen. Mit dem Ergebnis von 150 Millionen Euro werden Schulden abgebaut. Den größten Teil der Ausgaben bilden die Bereiche Gesundheit und Soziales, dicht gefolgt von den Investitionen in die Arbeitsplatzsicherung, die Energie- und Umweltpolitik, die Bildungs- und Kulturpolitik sowie die Wissenschaft.

Neben dem beschlossenen Landesbudget bestätigt auch der kürzlich erschienene Gemeindeförderbericht die solide Budgetpolitik des Landes. Der Gemeindeförderbericht bringt die nackten Zahlen der partnerschaftlichen Unterstützungen, der Gemeindefinanzbericht zeigt das Ergebnis und Wirksamkeit dieser Unterstützungen. Die NÖ Gemeinden sind nach wie vor der größte öffentliche Investor. Wir können auch mit Fug und Recht behaupten, dass wir sparsam und effizient wirtschaften. Wir geben zum Beispiel für Personal 429 Euro je Einwohner aus (vgl. Spitzenreiter Salzburg mit 686 Euro je Einwohner).

Was uns stark macht, ist die gegenseitige Unterstützung und die gelebte Partnerschaft Land und Gemeinden. Wir konnten darauf bauen und werden alles dazu beitragen, dass es auch in Zukunft so sein wird.

### Den Sommer zum Krafttanken nutzen

An dieser Stelle wünsche ich euch einen entspannten und erholsamen Sommer. Nutzt die Zeit zum Krafttanken damit wir im Herbst wieder mit voller Kraft durchstarten können.

LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl  
Präsident





# Jugend an die Macht!

*Jugendgemeinderätinnen und -räte leisten wertvolle Arbeit*

von **Sotiria Taucher**

Seit knapp eineinhalb Jahren gibt es sie nun schon: Die gesetzlich verankerten Jugendgemeinderäte in Niederösterreich. Über 1.200 junge Gemeinderätinnen und Gemeinderäte bis 35 Jahre sind alleine innerhalb der Volkspartei Niederösterreich in den Gemeinden aktiv. Bisher wurden sie informell oft auch als „Jugendgemeinderäte“ bezeichnet. Jetzt sind sie offiziell die Vertreter der jungen Gemeindebürger bis 35 Jahre. „Wir sind uns sicher, dass junge Menschen am besten von Jungen vertreten werden, die sich in ihrer Lebenswelt auskennen und mit denen sie ohne Hemmschwelle reden können. Unser Anspruch war es immer mitzugestalten und nicht bloß einen Sessel im Gemeinderat zu besetzen. Dieser Anspruch war für uns klar davon geprägt, dass es eigene Aufgabenbereiche, eine tatsächliche Einbindung und die politische Arbeit sowie die Übergabe von Verantwortung geben muss“, sagt JVP-Landesobmann Lukas Michlmayr.

„In Sonntagsreden hören wir immer wieder, wie wichtig es unseren älteren Kollegen ist, dass es auch in politischen Ämtern guten Nachwuchs gibt. Ich freue mich sehr, dass unser Wunsch erhört wurde und wir durch die gesetzliche Verankerung des Amtes des Jugendgemeinderates dafür sorgen können, dass es in jeder Gemeinde immer wieder neue junge Leute gibt, die einerseits mitgestalten können, die

aber auch andererseits bei ihrer Arbeit das lernen, was sie später in anderen politischen Aufgaben gut brauchen können“, so Michlmayr.

## Schnittstelle zwischen Jugendlichen und Gemeinde

Christina Heiss ist eine von knapp 1200 engagierten VP-Jugendgemeinderätinnen in Niederösterreich. Seit 2010 ist die 26-jährige als Gemeinderätin aktiv, seit dem Beschluss des Landtags nun auch als Jugendgemeinderätin. „Mein Ziel als Jugendgemeinderätin ist es, die Schnittstelle zwischen Jugendlichen und Gemeinde zu sein. Ich will die Jugendlichen motivieren, aktiv mitzugestalten und ihr Interesse an Politik zu wecken. Politik ist nicht nur die Hypokrise, sondern Politik ist auch, ob der Linienbus vor meiner Tür hält, mein Betrieb sich meine Lehrlingsausbildung leisten kann oder wann ich meinen Führerschein machen darf“, sagt Heiss. In ihrer Heimatgemeinde Asperhofen (St. Pölten Land) habe sie das Glück, dass gleich drei junge Menschen unter dreißig Jahren im Gemeinderat vertreten sind. Dadurch könne man Projekte sehr breit fächern.

## Leistbarer Wohnraum gefordert

Markus Presle, Jugendgemeinderat aus Klosterneuburg, weiß aus eigener Erfahrung, dass die Anliegen der Jungen auch in einer großen, städtischen Gemeinde mit starker Wien-Nähe ähnlich jenen in ländlichen Gemeinden sind. „Wohnen,

Ausbildung und Verkehr sind die zentralen Themen der Jugendlichen“, sagt der 21-Jährige. Deswegen macht sich der Klosterneuburger auch für leistbaren Wohnraum in seiner Gemeinde stark. Und das ist nicht leicht. „Denn die Immobilienpreise in Klosterneuburg sind sehr hoch und Wien ist nicht weit weg“, sagt Presle. Deswegen setzt er sich verstärkt für Förderungen von „jungem Wohnen“ ein. Aber auch die Einführung des Nachtbusses zwischen Wien und Klosterneuburg hat er mit initiiert. „Wir Jugendgemeinderäte ziehen bei unseren Projekten an einem Strang über die Parteigrenzen hinweg. Die Leute haben genug von dem Polit Hick-Hack. Uns Jungen geht es um die gemeinsame Sache, nicht um den Parteivorteil“, sagt Markus Presle.

## Jugendliche sind mit Niederösterreich zufrieden

Dass die Jugendlichen mit ihrer Situation und in ihrem Land zufrieden sind, zeigt nicht zuletzt das Ergebnis der Jugendstudie: Fast 90 Prozent der Jugendlichen sehen Niederösterreich als einen Ort, an dem sie sich wohl fühlen – 49 Prozent beurteilen sogar mit „sehr gut“. Untersucht wurden in der Studie die Bereiche öffentlicher Verkehr, Bildung sowie Politik und Medien. In Bezug auf die Politik ist das Interesse am politischen Geschehen bei den männlichen Jugendlichen stärker ausgeprägt. Den höchsten Wert des Vertrauens in Politik und Parteien vermitteln Gemeinden, die sich um



**Christina Heiss, Asperhofen:** „Politik ist nicht nur die Hypokrise, sondern Politik ist auch, ob der Linienbus vor meiner Tür hält.“



**Markus Presle, Klosterneuburg:** „Wohnen, Ausbildung und Verkehr sind die zentralen Themen der Jugendlichen.“



**David Süß, Schrems:** „Wir brauchen einen Schulterchluss zwischen den Gemeinden im Bezirk, um die Jungen bei uns vor Ort zu halten.“

die Jugend bemühen (56 Prozent). Informationen über Politik beziehen die Jugendlichen am ehesten über die Ö3-Nachrichten (43 Prozent) sowie die „Zeit im Bild“ (31 Prozent).

Was Neue Medien betrifft erklärt der Sozialforscher Erich Brunmayr, gehört Facebook für 86 Prozent der Jugendlichen ganz klar zur dazu, wobei die jungen Menschen deutlich unterscheiden, wem sie was im Internet freigeben. So geben beispielsweise mehr als 90 Prozent an, dass sie private Fotos gar nicht oder nur im engsten Freundeskreis freigeben.

### „Anliegen der Jugendlichen werden umgesetzt“

„Der Erfolg der NÖ Jugendpolitik ist direkt in der Jugendstudie ablesbar“, sagt Jugendlandesrat Karl Wilfing. Mit Aktionen wie der NÖ Jugend Partnergemeinde oder dem Projekt „Jugendcoaching für Gemeinden“ werden die Anliegen der Jugendlichen in unserem Land ernst genommen, sondern auch umgesetzt.

Mit einigen Angeboten im öffentlichen Verkehr – wie beispielsweise der Mostviertel- oder Waldviertel-Linie – steht man in NÖ erst am Anfang. Dennoch wird dieses Angebot bereits sehr gut angenommen und beurteilt. Zwei Drittel der Jugendlichen sind mit dem Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln im Most- und Industrieviertel zufrieden. Im Waldviertel sowie insgesamt im Durchschnitt liegt der Wert bei 60 Prozent“, führt Wilfing aus. Eine

Maßnahme, die in Zukunft zu einer noch breiteren Nutzung führen werde, sei das TOP-Jugendticket.

Dass im Bereich der Mobilität noch Nachholbedarf besteht, kann David Süß, Jugendstadtrat aus Schrems, nur zu gut nachvollziehen. „Wir haben in unserer Region ein großes Problem im Bereich Mobilität, das zieht sich durch alle oberen Waldviertler Bezirke“, sagt Süß. Eine rasche Attraktivierung wünscht er sich für die Franz-Josefs-Bahn. „Dafür setze ich mich stark ein“, sagt der Schremser.

Als Bewohner einer stark von der Abwanderung geplagten Region arbeitet der Jugendstadtrat aber auch daran wieder mehr Anreize im Waldviertel

zu schaffen. „Wir brauchen einen Schulterchluss zwischen den Gemeinden im Bezirk, um die Jungen bei uns vor Ort zu halten“, schildert er seine Anliegen. Seine Anliegen fürs Erste: „Ich möchte in allen größeren Katastralgemeinden einen Jugendraum einrichten, setze mich aber auch für neue Projekte wie z. B. einen ‚Festbus‘ ein, bei dem die Gemeinde einen Teil der Fahrkosten übernimmt“, sagt Daniel Süß.

Jugendlandesrat Wilfing abschließend: „Wir brauchen volle Energie in der Jugendarbeit. Mit der gesetzlichen Etablierung von Jugendgemeinderäten ab 1.1.2013 in allen NÖ Gemeinden ist eine umfassende jugendpolitische Weichenstellung für die Zukunft gelungen.“



**Jugendlandesrat Karl Wilfing:** „Mit der gesetzlichen Etablierung von Jugendgemeinderäten ab 1.1.2013 in allen NÖ Gemeinden ist eine umfassende jugendpolitische Weichenstellung für die Zukunft gelungen.“

### Kommunale Sommergespräche in Bad Aussee

Das bereits traditionelle „Forum Alpbach der Gemeinden“ findet heuer von 23. bis 25. Juli statt. Thema ist „Jugend in der Gemeinde – Was will die Yolo-Generation?“ „Yolo“ steht für „You only live once“ und eine Aufforderung, eine Chance zu nutzen. Diskutieren werden nicht nur Experten wie der Chef der Industriellenvereinigung Georg Kapsch, sondern auch Jugendliche, die in ihrer Gemeinde aktiv sind.  
[www.sommersgespaech.at](http://www.sommersgespaech.at)

# „Das Spannendste ist der Kontakt mit Menschen“

*Jugendgemeinderat Thomas Amon aus Obritzberg-Rust-Hain über seine Arbeit*

## **Sie Sind Leiter der Ideenschmiede „Kommunale Arbeit“ und äußerst aktiver Jugendgemeinderat. Wie ist es dazu gekommen, und was ist Ihre Motivation?**

Ich wollte etwas ändern in meiner Gemeinde. Bis 2010 gab es weder einen direkten Ansprechpartner für junge Menschen noch eine Plattform, wo sie ihre Ideen und Wünsche einbringen konnten. Anstatt einfach darüber zu jammern, wollte ich selber anpacken und die Situation verbessern.

Wenn ich sehe, dass meine Arbeit Früchte trägt, dass jetzt weit mehr junge Menschen als noch vor fünf Jahren aktiv mitreden und mitarbeiten – bei Veranstaltungen und Projekten – dann motiviert mich das, meine Arbeit auch in diesem Sinne fortzuführen.

Damit wir Jugendgemeinderäte, allesamt recht „frisch“ in der neuen Aufgabe, Ideen austauschen, voneinander lernen und einander unterstützen können, entstand in der JVP NÖ eine entsprechende Ideenschmiede, die ich leiten darf.

Aus dieser heraus konnten wir schon die gesetzliche Verankerung von Jugendgemeinderäten erreichen: ein Quantensprung in Sachen Jugendarbeit in den einzelnen Gemeinden.

## **Was ist das spannende an der Arbeit in einer Gemeinde, speziell als Jugendgemeinderat?**

Das Spannendste an der Arbeit als Gemeinderat ist sicherlich der direkte Kontakt mit den Menschen, nämlich mit ganz unterschiedlichen, die einen jeden Tag aufs Neue überraschen und auch fordern können. Das Schöne daran: Als Gemeinderat mache ich Politik direkt vor der Haustüre, kann Verantwortung für meine nächste

Umgebung übernehmen und gemeinsam mit den Menschen vor Ort die Entwicklung der Gemeinde mitgestalten. Das macht einfach mehr Spaß als nur „von außen“ zu kommentieren.

## **In Ihrer Gemeinde haben Sie schon einige Jugendprojekte verwirklichen können. Wie wird das von der Jugend aufgenommen, und wie schwierig oder leicht ist es, mit den Anliegen durchzukommen?**

Wichtig ist bei allen Projekten die jungen Menschen in der Gemeinde mit einzubinden. Wir veranstalten jedes Jahr einen Jugendstammtisch, wo alle Jugendlichen eingeladen sind. Hier kommen die Ideen direkt von den Jugendlichen, nur so können sich die Jungen direkt mit den Angeboten identifizieren.

So wurde etwa vier Jahre lang der Nachtbus außerordentlich gut angenommen. Wir halten wirklich gut besuchte Jungbürgerfeiern ab, wir haben eine Lehrlingsoffensive gestartet und wir haben heuer gemeinsam mit den Jugendvereinen einen Beachvolleyball-Platz errichtet. Seit Dezember 2013 tagt bei uns regelmäßig der Kindergemeinderat, mit dem wir das Programm des jährlichen Ferienspiels gestalten.

## **Mit der Ideenschmiede sind Sie Vorbild für viele andere Jugendgemeinderäte. Was empfehlen Sie Ihren Kollegen bei der Arbeit in der Gemeinde?**

Als Politiker, ganz besonders als Jugendvertreter, ist es vor allem wichtig zuzuhören, was überhaupt die



Thomas Amon: „Als Politiker, ganz besonders als Jugendvertreter, ist es vor allem wichtig zuzuhören.“

Anliegen, Wünsche und Beschwerden der jungen Menschen in der Gemeinde sind. Diese Anliegen gilt es aufzunehmen, zu diskutieren und gemeinsam mit den Jungen umzusetzen. Und dabei keine Auseinandersetzung mit den älteren Kollegen im Gemeinderat zu scheuen. Denn letztlich haben alle was davon, wenn jede Generation zu Wort kommt

und sich mit der Entwicklung in der Gemeinde identifiziert. Das Wichtigste für mich persönlich ist, täglich Freude an der Arbeit mit jungen Menschen zu haben – das an sich ist schon ein Erfolg.

## **Welche Projekte planen Sie in Ihrer Gemeinde, in Ihrer Region in den nächsten Jahren?**

Im Herbst findet wieder ein Jugendstammtisch statt, wo wir mit den Jungen über die nächsten Aktivitäten in der Gemeinde diskutieren werden.

Was mich als Bezirks- und Viertelsobmann der JVP in den nächsten Monaten jedoch am meisten beschäftigen wird, sind die Gemeinde-Wahlen 2015. Mir ist wichtig, dass möglichst viele junge Menschen in der Region in den Gemeinderat einziehen. Damit auch dort Jugendliche echte Ansprechpartner haben und die Gemeinden von einer Mitwirkung der jungen Bürgerinnen und Bürger profitieren. Daher heißt es jetzt für die Gemeindeparteien, junge Kandidatinnen und Kandidaten anzusprechen.

**Das Interview führte Sotiria Taucher**

# Wie Jugendkultur im ländlichen Raum funktioniert

*Jugendliche sehen Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen „Szenen“*

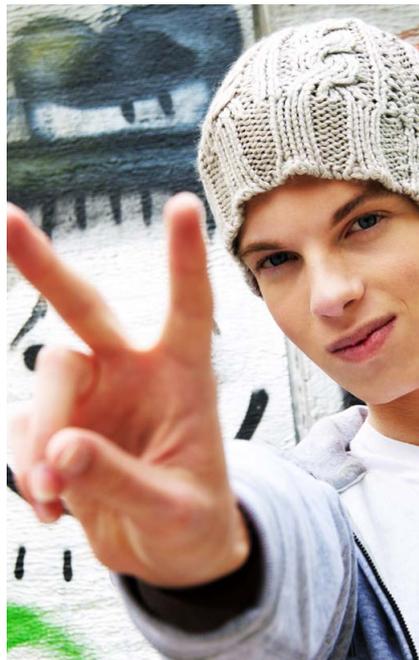
Das Institut für Jugendkulturforschung hat untersucht, wie sich die Jugendkultur im ländlichen Raum entwickelt. Befragt wurden 16- bis 24-jährige Jugendliche und junge Erwachsene aus Gemeinden in Niederösterreich, dem Burgenland und Oberösterreich.

Im Regelfall greifen jugendkulturelle Innovationen zunächst in den Städten und verbreiten sich dann in Richtung Land – so sagt es die Theorie, und so sehen es auch die befragten ländlichen Jugendlichen. Allerdings setzt sich nicht alles, was in der Stadt im Trend liegt, zeitverzögert auch am Land durch: Die urbane Clubszene mit ihrem „cool-stylischen“ Habitus passt beispielsweise nicht gut in die erdige Kultur.

## „Sportszenen“ dominieren

Die bei der ländlichen Jugend bedeutendsten Szenen sind Sportszenen wie Snowboard, Fußball, Beachvolleyball oder auch Skateboard.

Im Internetzeitalter gibt: Wer sich für jugendkulturelle Trends und Styles interessiert, kommt auch am Land an die relevanten Infos. Trotzdem gibt es immer noch Unterschiede zwischen Stadt und Land. Zum einen gibt es am Land – insbesondere für die musikorientierten Szenen – in der Regel eine weniger gut ausgebaute Jugendkulturrinfrastruktur. Das heißt, die Jugend ist stärker auf Do-it-yourself und/oder Erlebnismobilität, die sie in den städtischen Raum führt, angewiesen. Zum anderen sieht – zumindest aus Sicht der in die Umfrage einbezogenen Jugendlichen – die traditionale Dorfgemeinschaft schräge Jugendkulturtypen als „Bürgerschreck“ an. Das heißt, für die urbane Jugend ist es oftmals leichter,



In Zeiten des Internets weiß man auch im ländlichen Raum, wie man sich zu kleiden und zu geben hat, um zu einer bestimmten Szene zu gehören.

sich als einer jugendkulturellen Szene zugehörig zu erkennen zu geben. „In der Stadt sticht man zwar raus, aber man wird sofort wieder vergessen. Bei einem 300-Einwohner-Dorf merkt man es sofort, weil da sagt die eine zur anderen: Hast gesehen, wie der ausgeschaut hat?“ meinte ein Befragter.

Aus Sicht der Jugendlichen gibt es in der Stadt zwar mehr Jugendkultur, sie bleibt insgesamt aber auch mehr an der Oberfläche. Jugendkultur in der Stadt wird als „posermäßiger“ beschrieben, d. h. nach Ansicht der Jugendlichen aus dem ländlichen Raum geht es den urbanen Jugendkultur-Jugendlichen primär um ihren Style. Am Land ist Jugendkultur „wilder“ und – ausgenommen die Freestyle- und Funnsport-Szenen – tendenziell eher älter.

In der Stadt bleiben nach Ansicht der Befragten die jugendkulturellen Szenen (eher) unter sich, am Land kommt es zu Kontakten zwischen unterschiedlichen Szenen.

## „Eine andere Art von Fortgehen“

Jugendliche am Land managen die ihnen verfügbaren Freizeitmöglichkeiten und schaffen sich ihre eigenen Freizeit- und Geselligkeitskulturen.

- Die ländliche Jugend trifft sich mangels einer jugendkulturellen Treffpunkt-Infrastruktur vielfach privat zuhause und in der warmen Jahreszeit vor allem auch in der freien Natur. Das wird jedoch nicht notwendigerweise als Defizit empfunden. In der warmen Jahreszeit steigen am Land selbstorganisierte Feste. Man trifft dort viele Leute – und zwar ganz unterschiedliche Leute, nicht nur die eigene Clique.
- Dorffeste wie Kirchtage, Feuerwehreffeste, Veranstaltungen von Jugendorganisationen etc. funktionieren in der Dorfgemeinschaft als alters- und lebensstilübergreifende Treffpunkte und sorgen an ausgewählten Tagen des Jahres dafür, dass so richtig etwas los ist.
- Die Jugend am Land ist mobil. Das heißt, wenn zuhause nichts los ist, fährt man einfach in die Stadt: um ins Kino und in die Disko zu gehen oder gelegentlich auch einfach einmal so zum Kebab-Essen. Anders als die erwachsene ländliche Bevölkerung, die in die Stadt fährt, um wichtige Besorgungen zu machen, ist das „In-die-Stadt-Fahren“ für Jugendliche vielfach reine Erlebnismobilität: Man fährt in die Stadt, um etwas zu erleben.

# Gute finanzielle Situation der NÖ Gemeinden

## Vorstellung des Gemeindeförderungsberichts 2013

Im abgelaufenen Jahr 2013 sind an Finanzausschüssen 122,6 Millionen Euro an Finanzausschüssen direkt an die Gemeinden gegeben worden“, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka bei der Präsentation des Gemeindeförderungsberichts 2013.

Die Gelder seien unter anderem für Kindergärten, Kindergartenbetreuerinnen und -betreuer, schulische Tagesbetreuung, die Förderung des Musikunterrichts und den Hochwasserschutz eingesetzt worden.

In diesem Zusammenhang verwies Sobotka auf die Tatsache, dass sich Landeshauptmann Erwin Pröll dafür eingesetzt habe, dass die Mittel für den Hochwasserschutz, auch jene des Bundes, vorgezogen worden seien, damit die Gemeinden schneller zu ihren Maßnahmen kommen. Mit den direkten Finanzausschüssen werden außerdem finanzarme Gemeinden unterstützt, etwa im Straßenbau oder in der kommunalen Infrastruktur.

Zudem fließen 516,3 Millionen Euro indirekt in die Gemeinden. Darunter fallen „Unterstützungen im Sicherheitswesen“ – wie der Feuerwehr, des Roten Kreuzes und des Zivilschutzes – der Kindergartenumbau, die NÖ Landeskliniken sowie Gesundheit und Soziales. Als dritten Punkt an Förderungen nannte Sobotka die Bedarfszuweisungsmittel, „mit denen wir sehr sorgsam umgehen und die nach Bedarf vergeben werden“. Für den Haushaltsausgleich, die Sanierungsgemeinden und projektbezogene Bedarfszuweisungen seien 190,3 Millionen Euro investiert worden. „Insgesamt werden 829,2 Millionen Euro direkt und indirekt rein für Gemeindevorhaben verwendet“, so Sobotka.



Foto: NÖ Landespressediens/Pfeiffer

Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka präsentiert stolz die Zahl, mit der die NÖ Gemeinden vom Land unterstützt wurden.

### Entlastung durch Übernahme der Spitäler durch das Land

Die Übernahme der Spitäler seitens des Landes bedeute zudem eine laufende Entlastung von 183 Millionen Euro für die Gemeinden. „Die finanzielle Situation der Gemeinden ist sehr gut“, so Sobotka. „Es wurden keine neuen Schulden gemacht.“ Damit sei 2013 das Null-Defizit nach Maastricht-Berechnung erreicht worden.

Die Zahl der Sanierungsgemeinden, also jene Gemeinden, die ihren Haushalt nicht ausgleichen können, liege mit 31 unter zehn Prozent. Auch die Idee der Energiespar-Gemeinde sei sehr gut angenommen worden. Im Jahr 2013 haben 187 Gemeinden 223 Vorhaben wie LED-Straßenbeleuchtungen oder die Ausstattung von Amtshäusern mit Photovoltaikanlagen eingereicht. Diese Projekte seien vom Land Niederösterreich mit mehr als 2,6 Millionen Euro gefördert worden.

### Keine Zusammenschlüsse, die keinen Mehrwert bringen

Betreffend den Zusammenschluss von Gemeinden sagte Sobotka, dass er diesem „ohne Mehrwert in der Wirtschaft, ohne Mehrwert für die dort lebende Bevölkerung und ohne volkswirtschaftlichen Mehrwert“ keine Zustimmung erteilen werde.

In Niederösterreich laute die Philosophie „ermöglichen und nicht anordnen“. Es gehe nicht darum, einen Zusammenschluss von oben anzuordnen, sondern die Möglichkeit zur Zusammenarbeit zu geben, so der Landeshauptmann-Stellvertreter.

Als positives Beispiel nannte Sobotka die Vorbereitungen für die Landesausstellung 2015, bei der sich die Gemeinden Neubruck, Frankenfels und Wienerbruck als ganze Region einbringen und sich die Bürger engagieren und involvieren

# Herausforderung „Medien-Dschungel“

## Das NÖ Hilfswerk bietet Eltern Unterstützung

37 Prozent der 6- bis 12-jährigen Mädchen spielen in ihrer Freizeit besonders gerne Computerspiele, und sogar 71 Prozent (!) der Buben. 31 Prozent der 3- bis 10-Jährigen besitzen ein Smartphone. Und 90 Prozent der Jugendlichen zwischen 9 und 16 Jahren

nutzen täglich (!) das Internet. Diese Zahlen verdeutlichen: Neue Medien sind inzwischen Alltag – auch für unsere Kinder. Der steigende Einfluss von Handy, Internet, TV und Co. ist zu einer der größten Herausforderungen bei der Kindererziehung geworden. Denn einerseits sollen Kinder neue Technologien kennen und beherrschen lernen und Medienkompetenz gewinnen. Andererseits gibt es auch viele Risiken und Gefahren.

„Aber: Es bringt nichts, Kinder von neuen Medien fernzuhalten, sie zu verbieten und zu tabuisieren –

das ginge völlig am praktischen Alltag vorbei. Vielmehr müssen wir sie fit und kompetent im Umgang damit machen“, sagt Michaela Hinterholzer, Präsidentin des NÖ Hilfswerks.

Das Hilfswerk als Partner der Familien möchte seine langjährige pädagogische Erfahrung dazu nutzen, Eltern im „Medien-Dschungel“ zu unterstützen. Ziel ist es, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren sowie Eltern und Großeltern mit „handfestem“ Wissen und praktischen Tipps auszustatten.

### Informationen

Eine kleine Orientierungshilfe rund um Kinder, Eltern und Medien bietet der „Medienkompass“, den das Hilfswerk passend zum Fachschwerpunkt herausgebracht hat. Er kann gratis unter 02742/249 oder [service@noe.hilfswerk.at](mailto:service@noe.hilfswerk.at) bestellt werden.



Foto: NÖ Hilfswerk

NÖ Hilfswerk-Präsidentin Michaela Hinterholzer setzt sich für Medienkompetenz bei Kindern und Eltern ein.

## Die Hilfswerk Family Tour

### Spannendes und Aktives für die ganze Familie

Der Fachschwerpunkt Medien steht auch Mittelpunkt der diesjährigen Family Tour, der bundesweiten Infotour des Hilfswerks. Sie tourt bis November durch ganz Österreich. Die Family Tour bietet Spannendes und Aktives für die ganze Familie: ein buntes Kinderprogramm mit Gesichter schminken und coole Buttons herstellen, ein Gesundheitscheck mit Blutdruck- und Körperfettmessung sowie Gleichgewichtstest, ein Gewinnspiel und einiges mehr. Als Besonderheit wird Maskottchen FIDI, das schlaue Entlein des Hilfswerks, „lebendig“ und in Lebensgröße mit dabei sein. Darüber hinaus kann man sich aus einer Hand zu vie-

len Themen beraten lassen: Älterwerden und Pflege, seelische Gesundheit und Familie, Finanzen und Vorsorge, Kindererziehung und Kinderbetreuung.

Die Partner der Hilfswerk Jahresiniti-

ative „Kinder fördern. Eltern helfen.“ sind s Versicherung, s Bausparkasse, Erste Bank und Sparkassen und Neuroth. Der Hilfswerk Fachschwerpunkt wird von Wiener Städtische und Jako-o unterstützt.

### Termine

In Niederösterreich gibt es noch sieben Stopps:

- 25. Juli, 8-15 Uhr: Ottenschlag
- 9. August, 10-17 Uhr: Baden, Theaterplatz
- 16. August, 8-16 Uhr: Markersdorf bei St. Pölten (Marktfest)
- 23. August, 10-18 Uhr: Schwechat, Hauptplatz (Stadtfest)
- 24. August, 8-18 Uhr: Bad Vöslau, Schlosspark (Stadtfest)
- 12. September, 9-14 Uhr: Wr. Neustadt, Hauptplatz
- 13. September, 10-17 Uhr: Purkersdorf, Hauptplatz (Familienfest)

# Ärger durch pfeifende Züge

*Bahnübergänge für Fußgänger werden häufig mit akustischen Signalen gesichert – sehr zum Ärger der Bevölkerung*

von **Sotiria Taucher**

In zahlreichen niederösterreichischen Gemeinden ist der Unmut gegenüber ÖBB und Verkehrsministerium groß. Der Grund: Wegen der strengeren Sicherheitsmaßnahmen bei Bahnübergängen für Fußgänger- und Fahrradfahrer durch die neue Eisenbahnkreuzungsverordnung (EKVO) warnen Züge neuerdings mit einem dreifachen akustischen Signal. Die behördliche Überprüfung der Bahnübergänge hat nämlich ergeben, dass die bestehende Sicherungsart „Gewährleisten des erforderlichen Sichttraumes“ nicht mehr ausreichend und die „Abgabe von akustischen Signalen“ durch das Triebfahrzeug erforderlich sei.

Lärmbelästigung, Einschränkung der Lebensqualität bis hin zu Schlafstörungen bei Kleinkindern und Schichtarbeitern lauten die Vorwürfe der Bürger an die betroffenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

## Die Tücken der Eisenbahnkreuzungsverordnung

Zur Vorgeschichte: Nach der neuen Eisenbahnkreuzungsverordnung (EKVO) müssen in den nächsten zwölf Jahren ausnahmslos alle Eisenbahnkreuzungen behördlich überprüft werden und binnen 17 Jahren ab Inkrafttreten den erhöhten Sicherheitsbestimmungen und Standards der neuen Verordnung entsprechen. Bei Kreuzungen, die nur von Fußgängern und oder Fahrradfahrern genutzt werden, ist die Verordnung noch strenger: Hier musste die Behörde bereits binnen eines Jahres ab Inkrafttreten der Verordnung – also bis 1. September 2013 (!) die Kreuzungen überprüft haben und auf Basis der Verordnung die erforderliche Sicherung vorschreiben. Problem dabei:

Die Gemeinden haben dabei keine Parteistellung, sprich keine Mitsprache, und folglich auch keinerlei Handhabe dagegen.

Zahlreiche Gemeinden in Niederösterreich können ein Lied von der Problematik der Bahnübergänge für Fußgänger und Radfahrer nach der neuen EKVO singen. So auch der Bürgermeister von Wöllersdorf-Steinabrückl (Bezirk Wiener Neustadt Land), Gustav Glöckler. 20 Jahre lang haben die Fußgänger und Radfahrer der knapp 4.200 Einwohner großen Gemeinden den Bahnübergang in der Stadtwegsiedlung, ohne Sicherheitsmaßnahme oder Warnsignal überquert – Zwischenfälle gab es keine. Seit der neuen EKVO werden sie nun von 5 Uhr bis 23 Uhr mit einem dreifachen akustischen Signal – ca. alle 30 Minuten – vor herannahenden Zügen gewarnt. „Die Bürger unserer Gemeinde müssen schon mit der Bahn leben, es ist der Preis für die notwendige und wichtige Infrastruktur des Piestingtals. Dass die Bevölkerung nun aber zusätzlich mit akustischen Signalen belästigt wird, stößt bei mir und den betroffenen Bürgern auf absolutes Unverständnis“, ärgert sich Glöckler.

Mittlerweile hat sich nicht nur eine Bürgerinitiative des betroffenen Ortschafts gebildet. Der Bürgermeister hat bei einer entsprechenden Verhandlung namens der Gemeinde (mangels Parteienstellung) eine Stellungnahme abgeben. „Ich habe schriftlich erklärt, dass die Sicherung mittels Pfeifens bei dem Bahnübergang nicht zur Kenntnis genommen werden kann“, erklärt Glöckler sein Engagement für seine Gemeindebürger.

In Folge wurde ein Bescheid der Eisenbahnbehörde erlassen, wogegen Glöckler im Namen der Marktgemeinde Berufung einlegte. Diese wurde vom



**Bürgermeister Gustav Glöckler aus Wöllersdorf-Steinabrückl vor einem der unbeschränkten Bahnübergänge in seiner Gemeinde,**

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie als unzulässig zurückgewiesen – mit der Begründung, dass die Gemeinden in Entscheidungsverfahren, welche Sicherungsmittel für Eisenbahnübergänge bzw. Eisenbahnkreuzungen im Einzelfall zur Anwendung kommen, keine Parteistellung haben. „Da frage ich mich schon, zahlen dürfen wir, aber mitreden nicht?“ wundert sich Gustav Glöckler.

## Was sollen gehörbehinderte tun?

Der Bürgermeister geht noch einen Schritt weiter: Seiner Meinung nach ist die neue Eisenbahnkreuzungsverordnung auch gegen das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Bundes- Behin-



Nach der neuen Eisenbahnkreuzungsverordnung müssen in den nächsten zwölf Jahren ausnahmslos alle Eisenbahnkreuzungen behördlich überprüft werden und binnen 17 Jahren ab Inkrafttreten den erhöhten Sicherheitsbestimmungen und Standards der neuen Verordnung entsprechen.

dertengleichstellungsgesetz – BGStG). „Denn vorausgesetzt die neue EKVO entspricht dem Behindertengleichstellungsgesetz: Wie kann die Abgabe eines akustischen Signales für gehörlose Menschen eine geeignete Sicherungsart darstellen?“.

Auf Nachfrage der „NÖ Gemeinde“

### *Die Gemeinden haben keine Parteistellung.*

bei den ÖBB antwortet der zuständige Pressesprecher Christoph Seif: „Das entscheiden nicht wir, wir halten uns nur an die Vorgaben der Behörde.“

Bei der zuständigen Behörde im Amt der NÖ Landesregierung, reagiert man auf die Problematik in Wöllersdorf-Steinabrückl folgendermaßen: „Wir haben uns den betreffenden Bahnübergang genau angeschaut und uns auf Grundlage der Eisenbahnkreuzungsverordnung für die Sicherungsmaßnahme mit akustischem Signal entschieden. Wir

haben hier keine eigene Handhabe, sondern müssen uns an die Vorgaben von Bundesministerin Bures halten“, sagt Alois Steinkellner als zuständiger Bearbeiter des Landes NÖ.

### **Die Ansicht des Ministeriums**

Und im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie wird uns gesagt: „Es gibt Untersuchungen, die besagen, dass Fußgänger für die Überquerung einer Eisenbahnkreuzung heute länger brauchen, als früher und deshalb der Bremsweg des Zuges aufgrund der eingeschränkten Sichtverhältnisse nicht mehr ausreicht“, erklärt Walter Fleissner, Pressesprecher von Bundesministerin Doris Bures. Deswegen müsse die Eisenbahnkreuzung entsprechend gesichert werden. Laut EKVO gibt es fünf Sicherungsarten für Bahnübergänge. „Man könnte bei dem betroffenen Bahnübergang in Wöllersdorf-Steinabrückl sicher auch eine andere Sicherungsvariante in Erwägung ziehen, z. B. jene, den Übergang im Bereich der Stadtwegsiedlung

aufzulassen und an eine andere Stelle verlegen“, schlägt Walter Fleissner vor. Diese Sicherungsvariante wurde Bürgermeister Glöckler bereits vorgeschlagen. Allerdings war man von dem Vorschlag nicht erfreut – bedeutet die Verlegung immerhin einen Umweg von 200 Metern für die Bevölkerung.

Gustav Glöckler will jedenfalls nicht locker lassen und der Sache nachgehen. Der Bürgermeister abschließend: „Ich sehe nicht ein, dass wir für diesen lächerlichen Fußgängerübergang im Bereich der Stadtwegsiedlung keine vernünftige Sicherungsart finden. Man könnte die Anlage ja auch technisch (Schranken oder Signallichtanlage) sichern. Aber das ist den ÖBB scheinbar zu teuer“, mutmaßt Glöckler.“

Gustav Glöckler steht mit der Sicherung der Bahnübergänge für Fußgänger durch akustische Signale nicht allein auf weiter Flur. Auch in der Gemeinde St. Valentin (Bezirk Amstetten) oder in Waldegg (Bezirk Wiener Neustadt Land) ist man mit dem Problem konfrontiert.



Großer Andrang beim Empfang des Bundespräsidenten

# Gemeinden öffnen Grenzen

## Der Gemeindetag in Oberwart

**D**er Gemeindetag im burgenländischen Oberwart stand unter dem Motto „Gemeinden öffnen Grenzen“ und erinnerte daran, dass vor 25 Jahren der Eiserne Vorhang zu Ungarn gefallen war.

Befürchtungen, dass heuer weniger Besucherinnen und Besucher zum Gemeindetag kommen würden, weil die Anreise vor allem aus den westlichen Bundesländern zu aufwändig sei, erwiesen sich als absolut falsch. Die Fachtagungen waren gut besucht, und auch die zeitgleich stattfindende Kommunalmesse erfreute sich über regen Zuspruch.

Die Festrede hielt Außenminister Sebastian Kurz. Er betonte, dass Migrantinnen und Migranten eine große Vielfalt nach Österreich gebracht haben. Bereiche wie Tourismus oder Pflege wären heute ohne die Arbeit von Menschen mit Migrationshintergrund nicht mehr vorstellbar. Trotzdem gebe es immer

wieder auch Vorbehalte gegenüber Fremden. Hier sei es Aufgabe der Gemeinden, Ängste abzubauen. „Integration ist eine absolute Notwendigkeit“, so Kurz. Menschen sollten nicht danach beurteilt werden, woher sie kommen, sondern danach, wie sie sich in Österreich einbringen wollen.

Als wesentliche Punkte für gelungene Integration nannte Kurz:

- Sprache. Darum setze die Bundesregierung auf die sprachliche Frühförderung im Kindergarten.

- Einsatz. Menschen, die nach Österreich kommen, sollten die Möglichkeit haben, gemäß ihrer Qualifikation zu arbeiten. Migrantinnen und Migranten sollten sich aber auch ehrenamtlich engagieren. Hier seien Vereine aufgefordert, sich für Migrantinnen und Migranten zu öffnen.

- gegenseitiger Respekt. Es müsse daran gearbeitet werden, wie Willkommenskultur zu verbessern. „Je besser

sich jemand aufgenommen fühlt, desto schneller wird er oder sie sich als Österreicherin oder Österreicher fühlen“, meinte der Minister.

Im Rahmen des Gemeindetags hielt auch heuer wieder der Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten seine jährliche Fachtagung ab. Hauptredner war dabei der Politikwissenschaftler Peter Filzmaier. Er stellte fest, dass Verwaltungsreformen zwar allseits gewünscht werden, aber in der Praxis nicht so passieren, wie man sich das erhofft. Einer der Hauptgründe dafür sei, dass sich zwar kaum jemand öffentlich gegen Reformen aufzutreten wage, aber man den Reformbedarf immer bei den jeweils anderen Ebenen sehe.

Ein weiteres Problem sieht Filzmaier in der Kommunikation. „Menschen denken in Bildern“, so der Politologe. „Ein Bild von der Verwaltungsreform zu zeichnen, ist aber schwierig.“ Bei jeder Verwaltungsreform müsse man

auch kommunizieren, was sie für den einzelnen Bürger bringe.

Die Verwaltungsreform war auch Thema bei einer Podiumsdiskussion, an der unter anderem Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer teilnahmen. Mödlhammer forderte dabei, dass jede Gebietskörperschaft das machen solle, was sie am besten kann. Als Beispiel nannte er die Kinderbetreuung, für die fünf Ministerien und neun Landesregierungen zuständig seien. „Und die Gemeinden haben diesen Kompetenz-Wirrwarr dann auszubaden.“ Wenn man das Geld, das hier eingespart werden könnte, den Gemeinden zur Verfügung stellen würde, könnten diese die beste Kinderbetreuung der Welt sicherstellen.

Einigkeit herrschte über die Notwendigkeit des Ausbaus der Infrastruktur von Breitband-Internet. Mödlhammer: „Das Vorhandensein von Breitband ist mittlerweile ein Kriterium für Betriebsansiedlungen geworden, weil es für viele Unternehmen lebensnotwendig ist.“ Haugensteiner stellte klar, dass auch die moderne Verwaltung auf leistungsfähige Internetverbindungen angewiesen ist. „Der Elektronische Akt funktioniert nur, wenn es eine intakte Breitbandversorgung gibt.“

Differenzen gab es bei diesem Punkt lediglich über den Zeitpunkt, wann Breitband österreichweit verfügbar sein soll. „Das immer wieder genannte Jahr 2020 ist zu spät“, fürchtete Amtsleiter Haugensteiner. A1-Vorstand Marcus Grausam zeigte dafür Verständnis, stellte aber klar, dass aus Sicht der Telekom-Unternehmen der Ausbau nur in Ballungsräumen attraktiv ist. Daher hoffe man von Seiten der Wirtschaft auf Förderungen aus der Breitband-Milliarde. „Ohne dieses Geld wird der Ländliche Raum nicht bis 2020 mit Breitband versorgt werden können“, so Grausam.

Zu den demnächst startenden Verhandlungen über den Finanzausgleich forderte Mikl-Leitner, dass es in Zukunft für gleiche Ertragsanteile pro Einwohner geben solle. „Jede Bürgerin und jeder Bürger muss gleich viel wert sein.“ Eine Forderung, die naturgemäß bei Gemeindebund-Chef Mödlhammer große Unterstützung fand.



Der steirische Gemeindebund-Chef Erwin Dirnberger, GVV-Vize Karl Moser, Außenminister Sebastian Kurz, der burgenländische Gemeindebund-Chef Leo Radakovits, Landesrätin Michaela Resetar und GVV-Präsident Alfred Riedl



Außenminister Sebastian Kurz bei seiner Festrede: „Menschen sollten nicht danach beurteilt werden, woher sie kommen, sondern danach, wie sie sich in Österreich einbringen wollen.“



Podiumsdiskussion bei der FLGÖ-Fachtagung mit FLGÖ-Chef Franz Haugensteiner, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Moderator Peter Filzmaier, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und A1-Vorstand Marcus Grausam.

# Das war die **Kommunalmesse**



Eröffnung der Kommunalmesse mit FLGÖ-Chef Franz Haugensteiner, Kommunalverlag-Chef Michael Zimper, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und den burgenländischen GVV-Chefs Leo Radakovits und Erich Trummer.



Erich Trummer, Chef des burgenländischen SP-Gemeindebunds, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und GVV-Präsident Alfred Riedl beim Testen von Geräten.



Rettungskräfte führten vor, wie Verletzte aus einem Unfallauto geborgen werden.



Abtransport des „Verletzten“ per Hubschrauber.



Die Polizei demonstrierte, wie eine Hundestaffel agiert.



Innenministerin Johanna Mikl-Leitner beim Messebesuch.

# Reformen beim Finanzausgleich gefordert

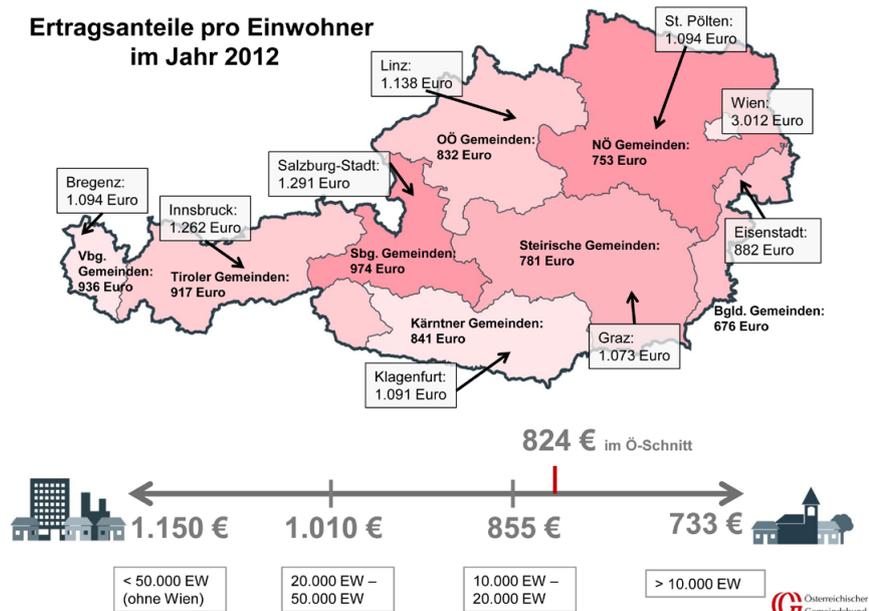
*Gemeindebund verlangt auch Neuordnung der Finanzströme*

Im Vorfeld des Gemeindetages forderte der Gemeindebund eine Bereinigung der Aufgaben und Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. „Wir stehen kurz vor den ersten Gesprächen über einen neuen Finanzausgleich“, so Mödlhammer. „Dabei ist auch zu überlegen, ob der neue Finanzausgleich aufgabenorientiert sein soll. Bevor man über aufgabenorientierte Finanzierung spricht, muss man natürlich die Aufgaben definieren.“

Derzeit ist das Grundprinzip des Finanzausgleichs nicht die Aufgabenorientierung, sondern die Bevölkerungszahl mit einem Finanzierungsschlüssel, bei dem Gemeinden über 10.000 Einwohner deutlich mehr Geld bekommen, als kleinere Gemeinden. „Bei einer Neuordnung der Finanzierung muss natürlich auch die Ungleichbehandlung wegfallen und jeder Bürger gleich viel wert sein. Ich kann mir ein Modell vorstellen, das auf drei Säulen beruht“, erklärt Mödlhammer:

1. Finanzielle Grundausrüstung der Gemeinden, die auf der Bevölkerungszahl beruht. Dabei muss jeder Einwohner und jede Einwohnerin gleich viel wert sein, der abgestufte Bevölkerungsschlüssel entfällt.
2. Bedarfs- und aufgabenorientierte Finanzmittel: Dieser Teil wird nach dem tatsächlichen Bedarf und den definierten Pflichtaufgaben vergeben.
3. Leistungsorientierte Finanzmittel: Über ein Vergleichssystem werden Benchmarks zur Zuteilung von Finanzmitteln herangezogen. Personalstand, Verwaltungsausgaben, Effizienz etc. dienen als Grundlage. Effizient wirtschaftende Gemeinden können mehr Mittel lukrieren.

**Ertragsanteile pro Einwohner im Jahr 2012**



Derzeit ist das Grundprinzip des Finanzausgleichs nicht die Aufgabenorientierung, sondern die Bevölkerungszahl mit einem Finanzierungsschlüssel, bei dem Gemeinden über 10.000 Einwohner deutlich mehr Geld bekommen, als kleinere Gemeinden

„Wir werden in den kommenden Wochen eine Studie beauftragen, die dieses Modell durchrechnet und mögliche Rahmenbedingungen beschreiben kann“, kündigte Mödlhammer an. „Damit schaffen wir eine Basis für die Verhandlungen.“ Im Zuge dieser Überlegungen müsse man, so der Gemeindebund-Chef weiter, auch die Finanz- und Transferströme zwischen

Bund, Ländern und Gemeinden genau unter die Lupe nehmen. „Zum einen hat sich herausgestellt, dass sich die Transferströme in den letzten Jahren zu Ungunsten der Gemeinden entwickelt haben. Zum anderen ist es generell nicht sinnvoll, wenn sich die Ebenen untereinander tausendfach Geld hin und her überweisen, allein das ist schon ein Kostenfaktor.“

## Aufgaben und Kompetenzen neu ordnen

„Seit Jahren nenne ich immer wieder Beispiele von Kompetenzüberschneidungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, die man unverzüglich abschaffen könnte. Für die Kinderbetreuung etwa sind mehrere Ministerien zuständig und dann machen noch alle neun Bundesländer ihre eigenen Regeln. Umsetzen - und den Großteil finanzieren - sollen dann aber die Gemeinden. Das ist absurd. Die Kinderbetreuung gehört vollständig in die Hand der Gemeinden. Der Bund soll ein paar Grundregeln machen, den Rest können wir selbst erledigen, wenn man uns jene Mittel gibt, die heute dafür insgesamt aufgewandt werden.“ Insgesamt müsse man jeden Bereich durchleuchten und genau anschauen, um zu sehen, wo man Doppelzuständigkeiten abschaffen könne.

# IST Austria in Klosterneuburg feierte 5-jähriges Jubiläum

*Wissenschaft und Forschung sind Motor für wirtschaftliche Entwicklung*

Das Institute of Science and Technology (IST) Austria in Klosterneuburg feierte vor kurzem sein fünfjähriges Bestehen. „Das IST Austria ist mit Sicherheit eine unglaubliche Aufwertung für das Wissenschaftsland Niederösterreich, denn hier wird auf höchstem Niveau geforscht, gelehrt und gearbeitet, und hier können wir den Forscherinnen und Forschern aus aller Welt ein optimales Umfeld bieten“, meinte dazu Landeshauptmann Erwin Pröll.

## 600 Millionen Euro in Wissenschaft und Forschung

Mittlerweile sind fast 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 50 Ländern am Campus in Klosterneuburg tätig. Das IST Austria hat sich in den vergangenen fünf Jahren hervorragend entwickelt, so der Präsident dieser Einrichtung, Prof. Thomas Henzinger: „In diesen fünf Jahren hat sich das Institut von einer Vision zu einem funktionierenden Forschungsinstitut entwickelt und in den Fachgebieten, in denen wir hier forschen, auch schon internationale Bekanntheit erlangt.“

Neben dem IST Austria gibt es eine Vielzahl weiterer wissenschaftlicher Einrichtungen im Land. Über 600 Millionen Euro wurden in den vergangenen Jahren in die Infrastruktur für Wissenschaft und Forschung investiert. Dabei

*„In den kommenden zehn Jahren wollen wir die Zahl der Wissenschaftler in Niederösterreich von 7.000 auf 14.000 verdoppeln.“  
Landeshauptmann Erwin Pröll*



Foto: NÖ Landespressediens/Pfeiffer

Präsident Thomas Henzinger, der Vorsitzende des Exekutivausschusses Haim Harari und Landeshauptmann Erwin Pröll beim Anschneiden der „Geburts-tagstorte“ anlässlich des Jubiläums „5 Jahre IST Austria“.

setzt man auf Speerspitzen wie das IST Austria, MedAustron in Wiener Neustadt oder auch die Donau-Universität Krems, aber auch auf dezentral liegende Einrichtungen wie das Lehr- und Forschungsgut der Veterinärmedizinischen Universität am Kremesberg und das Wolf Science Center in Ernstbrunn.

## 2014 ist das „Jahr der Wissenschaft“

Niederösterreich setze ganz gezielt auf Wissenschaft, Forschung und Innovation, so Landeshauptmann Pröll: „Damit wollen wir zum einen die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes stärken, denn Wissenschaft und Forschung sind ein wichtiger Motor für die wirtschaftliche Entwicklung. Zum anderen schaffen wir damit auch erst-

klassige Zukunftschancen für unsere Jugend, und dadurch soll Niederösterreich zur Heimat der Talente und zum Land der Patente werden.“

Das Jahr 2014 wurde in Niederösterreich zum Jahr der Wissenschaft ausgerufen. Deshalb ist entlang der Wissenschaftsachse besonders viel in Bewegung: So beginnt etwa MedAustron mit dem technischen Probebetrieb, die Donau-Universität hat das Promotionsrecht erhalten, und es beginnt auch die Errichtung der Landsteiner-Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften in Krems. Das Land Niederösterreich verfolge damit auch ein ganz klares Ziel, so Pröll: „In den kommenden zehn Jahren wollen wir die Zahl der Wissenschaftler in Niederösterreich von 7.000 auf 14.000 verdoppeln.“

# „Das Budget 2015 ist unser Vorsprung für morgen“

*Der NÖ Landtag beschließt 8,267 Milliarden Euro schweren Voranschlag für 2015 – zahlreiche Forderungen an den Bund*

Die Schritte von heute sind unser Vorsprung für morgen – mit dem Budgetvoranschlag 2015 gelingt es uns sogar diesen Vorsprung im Sinne der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher auszubauen. So investieren wir weiterhin in wichtige Bereiche wie den Ausbau der Sozialen Modellregion bzw. der Wissenschaft und Forschung und wir verstehen uns als Partner der Klein- und Mittelbetriebe. Außerdem unterstützen wir wie bislang unserer Gemeinden und erfüllen die Partnerschaft Land-Gemeinde mit Leben. Gleichzeitig bedienen wir uns der Mittel der Veranlagung um keine neuen Schulden eingehen zu müssen, damit wir nicht die künftigen Generationen belasten. Mit dem Voranschlag 2015 können wir den erfolgreichen blau-gelben Weg fortsetzen“, erklärt VP-Klubobmann Klaus Schneeberger im Anschluss an die Budgetdebatte im NÖ Landtag.

Der 8,267 Milliarden Euro schwere Voranschlag wurde mit den Stimmen der Abgeordneten der VP, der SP und von drei Abgeordneten der Liste FRANK angenommen.

## Forderungen an den Bund

Gleichzeitig wurde die Budgetsitzung dazu genutzt, einige Forderungen an den Bund zu stellen. „Die Abgeordneten der VP-NÖ sind viel bei den Bürgern unterwegs und bekommen daher oft Dinge mit, die nicht das Land, sondern der Bund bzw. die Europäische Union



VP-Klubobmann Klaus Schneeberger: „Wie bisher unterstützen wir unsere Gemeinden und erfüllen die Partnerschaft von Land-Gemeinde mit Leben.“

*Forderung nach einer raschen steuerlichen Entlastung, insbesondere der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wurde beschlossen*

regeln müssen“, erklärt Klubobmann Schneeberger.

So wurde eine Forderung nach einer raschen steuerlichen Entlastung insbesondere der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschlossen: „Hier muss die Bundesregierung tätig werden. Die Einsetzung der Arbeitsgruppe ist ein erster wichtiger Schritt, nun sind aber Ergebnisse gefordert um vor allem den

Mittelstand zu entlasten. Wobei eine verantwortungsbewusste Steuerreform auch leistbar sein muss und keineswegs durch neue Schulden gegenfinanziert werden darf. Außerdem sollten verstärkt Maßnahmen gesetzt werden um Steuerbetrug zu bekämpfen“, hält der VP-Klubobmann fest.

Des Weiteren wurde in einem Beschluss eine Leistungsanpassung der Familienbeihilfe gefordert. Der VP-Klubobmann erklärt: „Für Kinder, deren Eltern in Österreich berufstätig sind und aus dem EU- oder EWR-Raum kommen, wird Familienbeihilfe ausbezahlt. Das gilt auch für jene Kinder, die im Heimatland der Eltern bleiben. Die Höhe dieser Familienbeihilfe entspricht jedoch oft einem Vielfachen

von vergleichbaren Ansprüchen, die den betroffenen Personen im Ausland zustehen. Damit wird ein Ungleichgewicht in den betroffenen Ländern geschaffen. Daher ist die EU gefordert gegenüber dieser Ungleichbehandlung eine Lösung im Sinn der Familien finden.“

Eine weitere Resolution hatte Maßnahmen zur Absicherung der Pflegeversorgung zum Inhalt. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, Maßnahmen in die Wege zu leiten, die die Pflege zu Hause bestmöglich fördern sowie eine einmalige lineare Erhöhung des Pflegegelds um den Kaufkraftverlust abzudecken. Auch eine jährliche Valorisierung des Pflegegelds soll vom Bund sichergestellt werden.

# „Von der Urbanisierung zur Ruralisierung“

Interview mit Landwirtschafts- und Umweltminister Andrä Rupprechter

Für die zum Gemeindetag erschiene Ausgabe der Gemeindebund-Zeitschrift KOMMUNAL gab der „Minister für ein lebenswertes Österreich“, Andrä Rupprechter ein Interview. Rupprechter darin über ...

## ... die Abwanderung in die Städte

Für uns ist es die wichtigste Aufgabe, den Zug weg vom Land hin in die Stadt zu unterbrechen und eine Gegenbewegung einzuleiten. Ich möchte wegkommen von der Urbanisierung zur Ruralisierung. Es ist mir sehr wichtig, den ländlichen Raum offen zu halten. Das heißt, den ländlichen Raum, die Gemeinden und Regionen, als Lebensraum – als Wohn- und Sozialraum – attraktiv und lebenswert zu halten.

## ... die Probleme bei dieser Ruralisierung

Was ich nicht will, ist beispielsweise in Aschau wieder einen eigenen Bürgermeister mit Gemeinderat zu installieren (die Heimatgemeinde Brandenburg von Minister Rupprechter besteht aus den Ortsteilen Brandenburg und Aschau, Anm. d. Red.). Man muss jedenfalls die Verbesserung der Effizienz und Rationalisierung der lokalen Verwaltung vor einer Zurückentwicklung stellen. Da sind wir in den meisten Bundesländern ganz gut aufgestellt, weil da die Strukturreform sehr früh angegangen wurde.

## ... die Funktion der Bürgermeister

Ich glaube, dass man die Rolle des Bürgermeisters nicht hoch genug einschätzen kann. Er ist täglicher Ansprechpartner für jeden Bürger und wenn ich an den sehr jungen und dynamischen Bürgermeister bei mir zuhause denke, der selbst Unterneh-

mer ist, dann sehe ich, was da zusätzlich an Zeitaufwand dazu kommt. Der ist zumindest genauso dicht in seinem Tagesprogramm drinnen wie ein Minister. Das wird von den Menschen aber wirklich auch geschätzt, wenn sich einer das antut.

## ... den Ausbau der Windkraft und Probleme mit Gegnern

Gerade in der Windenergie ist ein massiver Ausbau geschehen, vor allem am flachen Land. Gerade Niederösterreich und das Burgenland sind hier führend, weil hier auch der Wind ist. Und man muss den Strom erzeugen, wo es möglich ist.

## ... die Frage der Leitungskapazitäten

Das ist ein generelles Problem bei den erneuerbaren Energien. Die Energiewende kämpft damit, dass der Strom noch nicht sehr gut speicherbar ist. Die Weiterentwicklung der Technologien ist zwar am Laufen, aber noch nicht so weit, dass wir nachhaltig den



„Für uns ist es die wichtigste Aufgabe, den Zug weg vom Land hin in die Stadt zu unterbrechen und eine Gegenbewegung einzuleiten.“

Strom speichern können. Aber wenn wir uns weniger abhängig von russischem Erdgas machen wollen, dann müssen wir uns auf die Beine stellen.

## ... andere Formen der erneuerbaren Energie

Ich bekenne mich dazu, dass wir allen Formen der erneuerbaren Energieträger nutzen müssen, auch die Wasserkraft, wo es ebenfalls noch massives Potenzial gibt. Wir nutzen 40.000 Gigawattstunden und haben noch ein Potenzial von 13.000 Gigawattstunden. Das wird man nicht sofort ausbauen können, aber es gibt Potenzial. Und das geht von den vielen kleinen Kraftwerken – die sehr sinnvoll sind – bis hin zu Großkraftwerken. Hier denke ich vor allem an Pumpspeicherkraftwerke, weil es aus meiner Sicht intelligent ist, den Spitzenstromausgleich so zu machen, dass man Wasser wieder hinauf in den Speicher pumpt und nicht wie die Belgier, die in der Nacht die Autobahnen beleuchten.



Rupprechter will das Potenzial der Wasserkraft intensiver nutzen.

# Gemeinde Prottes beschreitet **neuen Weg**

*Konzentration auf Kernaufgaben, Grünraumpflege wird ausgelagert*

**W**ie aus einer anderen Welt muten die Bohrtürme an, die Besucher auf ihrer Fahrt in das 1.385-Einwohnerdorf Prottes erblicken. Seit den 1940er-Jahren wird hier nach Erdöl gebohrt – das schwarze Gold bringt Wohlstand in die Region. Das technische Equipment entlang dem Erdöl-Lehrpfad in der Gemeinde gehört ebenso zum Ortsbild wie die akkurat gepflegten öffentlichen Grünflächen.

„Die Gemeindefinanzen sind zufriedenstellend, dennoch stehen Ausgaben für Tätigkeiten sowie die Anschaffung von Kommunal-Maschinen auf dem Prüfstand“, erklärt Bürgermeisterin Christa Eichinger. Ein Gemeinde-interner Diskussionsprozess zum Thema führte letztendlich zur Auslagerung der gesamten Grünraumpflege – ein richtungsweisender Schritt im Umgang mit kommunalen Aufgaben.

*Die Kernaufgaben der Gemeinde obliegt weiter den beiden Bauhof-Mitarbeitern. Saisonale Arbeiten erledigt ein Landwirt vom Maschinenring.*

„Als vor einem halben Jahr ein Mitarbeiter des Gemeindebauhofs kündigte, stellten wir uns die Frage, ob dessen Aufgaben – im Sommer hauptsächlich Grünraumpflege – tatsächlich zur Kernkompetenz der Gemeinde gehören“, beschreibt Amtsleiter Robert Bierleitgeb. „Da wir auch neue Maschinen hätten anschaffen müssen, entschieden wir uns für die Ausschreibung der Dienstleistung.“ Drei Firmen wurden zur Angebotslegung eingeladen, der



Christa Eichinger (l.), Bürgermeisterin der Gemeinde Prottes, stellt hohe Ansprüche an die Pflege von öffentlichen Grünräumen – Landwirt Christian Lobner (r.) erfüllt sie.

Maschinenring ging als Bestbieter aus dem Verfahren hervor.

## Begeisterung im Ort

Die Gemeindebürgerinnen und -bürger waren zunächst skeptisch. Zu groß war die Angst, dass private Anbieter nicht mit der gleichen Sorgfalt die Grünraumarbeiten erledigen würden, die man von Mitarbeitern der Gemeinde gewohnt war.

Diesen Bedenken wurde Rechnung getragen und ein klares Anforderungsprofil definiert. „Uns war zum Beispiel klar, dass nur ein Rasenmäher mit Absaugung in Frage kommt“, erklärt Vizebürgermeister Karl Demmer, „denn kein Mähgut soll irgendwo liegen bleiben. So ist es auch umgesetzt worden. Die anfängliche Skepsis ist rasch in Begeisterung umgeschlagen.“ Ein Grund für diese Begeisterung dürfte auch Christian Lobner sein. Der Landwirt aus Prottes führt sämtliche Arbeiten in der Gemeinde für den Maschinenring durch. Je nach Witterung und Rasenhöhe mäht er die rund acht Hektar Rasenflächen, das Spezialgerät dafür hat der örtliche Maschinenring angeschafft. „Wir sind froh, dass

der Arbeitsplatz erhalten blieb, denn damit verbleibt auch die Wertschöpfung im Dorf. Dass Christian Lobner selbst aus Prottes stammt, schafft Akzeptanz, was in der Abstimmung mit der Gemeinde und dem Bauhof ein entscheidender Erfolgsfaktor ist“, betont Bürgermeisterin Eichinger.

## Auslagerung bringt Flexibilität

„Für den Maschinenring zeigt die Entscheidung der Gemeinde Prottes, wie weit die Zusammenarbeit mit einer Kommune gehen kann“, freut sich Gernot Ertl, Geschäftsführer des Maschinenring Niederösterreich-Wien. „Kooperationen mit einem Unternehmen in der Region bringen nicht nur einen Kostenvorteil, sondern erhöhen auch die Flexibilität der öffentlichen Hand.“

Rund zwei Monate nach dem Vertragsabschluss zur Grünraumpflege hat Prottes auch den Winterdienst ausgelagert. Nun wird Landwirt Christian Lobner auch im Winter für ein zufriedenes Lächeln bei den Bürgerinnen und Bürgern sorgen.

# Kinderbetreuung ist gesichert

*Einigung soll bestmögliche Förderung sicherstellen*

Die 15a-Vereinbarung für den Ausbau der Kinderbetreuung scheint fix. Nach einer weiteren Verhandlungsrunde haben sich die Vertreter der Länder und Gemeinden mit Familienministerin Sophie Karmasin über die strittigen Punkte im Vereinbarungsentwurf geeinigt. In den Verhandlungen kam Karmasin in vielen Punkten den Ländern noch ein Stück entgegen. Fix bleibt hingegen die Summe der Mittel: 305 Millionen Euro werden zwischen 2014 und 2017 für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung gestellt. Bisher mussten die Länder jeden Euro, der vom Bund dafür kam, durch zusätzliche eigene Mittel aufdoppeln. Dieser Kofinanzierungsschlüssel wird nun von 50 Prozent im Jahr 2014 schrittweise auf nur noch 35 Prozent bis 2017

gesenkt. Zusätzlich dürfen die Länder auch die Mittel privater Träger (wie beispielsweise der Caritas) zur Hälfte als Kofinanzierungsmittel anrechnen. Zusätzlich wurde der Spielraum der Investitionen für den Ausbau der Betreuung der Drei- bis Sechsjährigen deutlich erweitert. Nunmehr dürfen bis zu 35 Prozent der Mittel dafür eingesetzt werden.

Da die Zeit für die Ausschöpfung der gesamten Mittel im Jahr 2014 bereits recht fortgeschritten ist und es noch dauern wird, bis der 15a-Vertrag in allen Bundesländern angenommen wird, dürfen 50 Prozent der Mittel für 2014 (demnach 50 Millionen Euro maximal) bis ins Jahr 2016 mitgenommen werden. Für die Verbesserung des Angebots gibt es künftig einen Personalkostenzuschuss



Familienministerin Karmasin kam den Ländern in vielen Punkten entgegen.

# Bürgermeisterstammtisch in Amstetten

*Wahlrechtsüberlegungen und konzentrierte Sozialangebote*

von Franz Oswald

Einige über den Bezirk hinaus interessante Überlegungen, Vorschläge und Bestandsaufnahmen brachte kürzlich der 42. GVV-Bürgermeisterstammtisch für den Bezirk Amstetten mit GVV-Vizepräsident und Bezirksobmann Bgm. Hannes Pressl (Ardagger). So wurde unter anderem eine Zusammenlegung „kleiner“ Wahlen diskutiert, weiters die Konzentration von Sozialeinrichtungen sowie aktuelle Bezirksanliegen.

Von der Abhaltung von „Kleinwahlen“ an einem Termin – vor allem zu diversen Kammern – erhoffen sich die Gemeindevertreter mehrere Vorteile: vor allem eine höhere Wahlbeteiligung sowie eine Kosten- und Ressourcenoptimierung. Klein- und Neuparteien sollten

zudem verpflichtet werden, zumindest beim zweiten Antreten Wahlhelfer zu stellen. Derzeit kommen die Wahlhelfer meist nur von den etablierten Parteien, was zunehmend schwieriger wird, solange es keine entsprechenden Entgelte gibt.

Bezüglich Sozial- und Unterstützungseinrichtungen haben sich zuletzt 20 Sozialeinrichtungen des Bezirkes auf Einladung der Gemeindevertreterverbände beider Parteien als „Sozialbeirat Mostviertel“ etabliert. Derzeit wird eine Zusammenfassung aller Angebote der Sozialeinrichtungen erstellt. Für Herbst ist eine weitere Runde mit den Sozialkoordinatoren geplant. Das Ziel: Themen aus dem Sozialbereich gemeinsam aufzugreifen, die Angebote bezirkswweit zu präsentieren und damit entsprechend zu vermitteln.

Weitere Themen des Stammtisches: Unterstützungsangebote des Landes in der Kinderbetreuung, ein Projekt des Arbeitsmarktservice für Bezieher der bedarfsorientierten Mindestsicherung, weiters eine zentrale nachhaltige Beschaffung von LED-Straßenleuchten. Schließlich wurde ein finanzieller und ideeller Beitrag der Gemeinden des Bezirkes zur Restaurierung der Basilika am Sonntagberg, dem Wahrzeichen des Mostviertels, diskutiert. Zu den landesweit geltenden Themen referierten Experten der Landesregierung. GVV-Vize Pressl zeigte sich zufrieden mit den Ergebnissen des Stammtisches wie überhaupt mit dieser Art der Kommunikation mit den Gemeindevertretern. Diese Zusammenkünfte werde es weiterhin alle eineinhalb bis zwei Monate geben.

# Das Ende der **blauen und gelben Mappen** naht

*Das NÖ Verlautbarungsgesetz 2015*

von **Gerald Kammerhofer**

**E**ine langjährige Forderung des GVV wird nun umgesetzt: bisher war im Verlautbarungsgesetz 2006, LGBl. 7000-4, vorgesehen, dass die Dienststellen des Landes und die Gemeinden zu ermöglichen haben, dass in das Landesgesetzblatt Einsicht genommen werden kann. Daher mussten die Gemeinden die „blauen“ und „gelben“ Mappen besit-

zen und diese auch aktuell halten. Laut dem derzeit in Begutachtung befindlichen „NÖ Verlautbarungsgesetz 2015“, welches am 1.1.2015 in Kraft treten soll, hat künftig die Kundmachung der im Landesgesetzblatt zu verlautbarenden Rechtsvorschriften elektronisch im Rahmen des Rechtsinformationssystems des Bundes (RIS) zu erfolgen. Die Rechtsvorschriften sind vom Bund in weiterer Folge im Internet

unter der Adresse [www.ris.bka.gv.at](http://www.ris.bka.gv.at) bereit zu halten.

Wird das Gesetz in dieser Form im NÖ Landtag beschlossen, so entfällt damit ab 2015 das Bereithalten und Aktualisieren der „blauen“ und „gelben“ Mappen für die Gemeinden. Im Ergebnis wird damit der Zugang zum Recht für die Bürgerinnen und Bürger erleichtert und gleichzeitig die Verwaltung entlastet.

## Rechtstipps aus der Praxis

*Entlassung eines Amtsleiters (Fortsetzung)*

von **Franz Nistelberger**

**N**eben der Frage, ob die Entlassung durch den Bürgermeister in rechtlicher Hinsicht ordnungsgemäß erfolgt ist, kristallisierte sich im Verfahren ein Verhalten des Amtsleiters heraus, von welchem die Gemeinde noch gar nichts wusste.

Der Amtsleiter bestritt seine Entlassung nämlich auch damit, dass der Bürgermeister über Jahre hinweg Fehlentscheidungen getroffen hätte. Zur Untermauerung dieses Vorbringens legte der Amtsleiter Unterlagen der Gemeinde vor, die er während seiner Tätigkeit durch Anfertigung von Fotokopien an sich gebracht hatte. Die inhaltliche Einlassung des Amtsleiters in die Entlassungsgründe und der Vorwurf mehrfachen Fehlverhaltens gegenüber dem Bürgermeister zeigte die Einstellung des Amtsleiters, dass er offenbar der Ansicht war,

aufgrund seiner Funktion beurteilen zu dürfen, ob das Verhalten des Bürgermeisters richtig oder falsch ist. Dieser „überheblichen“ Einstellung des Klägers konnte unter Hinweis auf die Rechtsprechung schon damit entgegengetreten werden, dass der Bürgermeister Vorgesetzter der Gemeindebediensteten ist und diese an seine Weisungen gebunden sind (§ 38 Abs 1 NÖ GO 1973).

Der Amtsleiter hat den Entlassungsgrund demnach bereits dadurch gesetzt, dass er ohne Abstimmung mit seinem Vorgesetzten, dem Bürgermeister, an diesen adressierte Schreiben der Aufsichtsbehörde in unzulässiger Eigenmacht beantwortet hat.

Da der Bürgermeister die Gemeinde auch nach außen vertritt, fallen alle Vorgänge, die nach außen gerichtet sind, insbesondere auch Antwortschreiben an die Aufsichtsbehörde,

in die Kompetenz des Bürgermeisters. Der Amtsleiter hat aber mit der Vorlage von Urkunden, die er während seiner Tätigkeit als Amtsleiter privat an sich genommen hat (auch wenn es nur Kopien sind), einen weiteren Entlassungsgrund gesetzt. Im Verfahren habe ich daher die Entlassung des Amtsleiters wegen Vertrauensunwürdigkeit auch darauf gestützt, dass der Amtsleiter in unzulässiger Weise private Aktenkopien erstellt und aus dem Gemeindeamt verbracht hatte. Dies zu tun ist unrechtmäßig und begründet ebenfalls die Vertrauensunwürdigkeit nach § 39 Abs 2 lit b NÖ-GVBG (Fortsetzung folgt).

**Dr. Franz Nistelberger**  
ist  
Verbandsanwalt des  
Gemeindevertreter-  
verbandes der VPÖ



# Die Kompetenzen im Schulwesen

## Ein Überblick über die Aufgabenverteilung

von **Gerald Kammerhofer**  
und **Michael Fraberger**

**D**ie Gemeinden haben im Spektrum der öffentlichen Aufgaben eine Vielzahl an Zuständigkeiten. Auch im Schulwesen leisten sie einen wesentlichen Beitrag für die Allgemeinheit. Eine Besonderheit im Schulwesen ist allerdings, dass – zumindest im Bereich der Pflichtschulen – die Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt sind.

### Die Gemeinde als Schulerhalter

Die Gemeinden haben im Wesentlichen die Aufgabe des Schulerhalters für öffentliche Pflichtschulen. Öffentliche Pflichtschulen im Sinne dieses Gesetzes sind die vom gesetzlichen Schulerhalter errichteten und erhaltenen Volksschulen, Neuen NÖ Mittelschulen, Hauptschulen, Sonderschulen, Polytechnischen Schulen sowie Berufsschulen (§ 2 Abs. 1 NÖ Pflichtschulgesetz, LGBl. 5000-28).

Die Sitzgemeinden sind dann gesetzlicher Schulerhalter, wenn der Schulsprengel nicht über ihr Gebiet hinausreicht oder gemäß § 41 Abs. 2 leg.cit. keine Schulgemeinde gebildet werden musste; diese Gemeinden sind auch Schulerhalter der ihren Schulen angeschlossenen Polytechnischen Schulen und Sonderschulklassen.

Sind Schulgemeinden zu bilden gewesen, so sind diese gesetzliche Schulerhalter, und zwar für die Volksschulen die Volksschulgemeinden, für die Neuen NÖ Mittelschulen die Mittelschulgemeinden, für die Hauptschulen die Hauptschulgemeinden und für die Sonderschulen die Sonderschulge-

meinden; diese Schulgemeinden sind auch Schulerhalter der ihren Schulen angeschlossenen Polytechnischen Schulen und Sonderschulklassen.

Der Volksschulerhalter ist auch Schulerhalter der Vorschule und der Schulerhalter der Hauptschule/NNÖMS ist auch Schulerhalter der Sporthaupt/mittelschule.

Das Land ist gesetzlicher Schulerhalter für die Landessonderschulen und für Berufsschulen.

### Aufgaben des Schulerhalters

Der gesetzliche Schulerhalter hat für die Kosten der Errichtung, Erhaltung und Auflassung der Schulen aufzukommen und für ihre ordnungsgemäße Unterbringung Sorge zu tragen sowie das Schulvermögen zu verwalten. Er hat jene Lehrmittel beizustellen, die nach dem Lehrplan für die betreffende

### *Die Gemeinden haben im Wesentlichen die Aufgabe des Schulerhalters für öffentliche Pflichtschulen.*

Schulart erforderlich sind (§ 3 Abs. 3 NÖ Pflichtschulgesetz).

Auch die Beistellung der erforderlichen Lehrer obliegt für den Freizeitbereich der Tagesbetreuung an ganztägigen Schulformen dem Schulerhalter, sonst dem Land (§ 3 Abs. 4 NÖ Pflichtschulgesetz).

Unter Erhaltung einer öffentlichen Pflichtschule ist im Speziellen zu verstehen (§ 2 NÖ Pflichtschulgesetz):

1. die Bereitstellung und Instandhaltung des Schulgebäudes und der übrigen Schulliegenschaften sowie deren Reinigung, Beleuchtung und

Beheizung,

2. die Anschaffung und Instandhaltung der Einrichtung und der Lehrmittel,
3. die Deckung des sonstigen Sachaufwandes,
4. die Beistellung des zur Betreuung des Schulgebäudes erforderlichen Hilfspersonals (z. B. Schulwarte),
5. die Beistellung des Hilfspersonals für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf,
6. an ganztägigen Schulformen (Schulen mit Tagesbetreuung) die Vorsorge für die Verpflegung der Schüler und für die Beistellung der für die Tagesbetreuung (ausgenommen die Lernzeiten) erforderlichen Lehrer, Erzieher und Freizeitpädagogen oder fachlich geeigneten Personen,
7. die Vorsorge für die Beistellung von Schulärzten.

Der Schulerhalter entscheidet, wenn mehrere Schulen der selben Schulart im Sprengel vorhanden sind, welche Schüler welchen Schulstandort besuchen.

Der Schulerhalter hat auch für die Organisation des Schülertransportes zu sorgen, wenn keine öffentlichen Verkehrsmittel zur Verfügung stehen (§ 45 NÖ Pflichtschulgesetz).

### Erfüllung der Schulpflicht

Zur Ermittlung der der allgemeinen Schulpflicht unterliegenden Kinder ist von den Ortsgemeinden ein Verzeichnis der in ihrem Gebiet wohnenden schulpflichtigen Kinder (Schulpflichtmatrik) zu führen (§ 16 Abs. 1 Schulpflichtgesetz). Die Schulleitungen haben den Schuleintritt und den Schulaustritt jedes schulpflichtigen Kindes der Ortsgemeinde, in deren Schulpflichtmatrik das Kind geführt wird, anzuzeigen.



Zur Ermittlung der der allgemeinen Schulpflicht unterliegenden Kinder ist von den Ortsgemeinden ein Verzeichnis der in ihrem Gebiet wohnenden schulpflichtigen Kinder (Schulpflichtmatrix) zu führen.

### Kompetenzen des Bundes

„Bundessache ist die Gesetzgebung und die Vollziehung auf dem Gebiet des Schulwesens [...], soweit in den folgenden Absätzen nicht anderes bestimmt ist.“ Schon aus dieser Bestimmung des österreichischen Bundes-Verfassungsgesetzes, zu finden in Art. 14 Abs. 1 B-VG, lässt sich erkennen, dass die wesentlichen Kompetenzen im Bereich des Schulwesens beim Bund liegen. Während er hinsichtlich der allgemeinbildenden und berufsbildenden höheren Schulen (AHS, BMHS) einheitlich zur Gesetzgebung und Vollziehung berufen ist, gibt er auch im Pflichtschulbereich die Grundstrukturen vor – die Ausführungsgesetzgebung und die Vollziehung liegen in aller Regel beim jeweiligen Bundesland.

Der Bund bestimmt im Schulorganisationsgesetz (SchOG) etwa die einzelnen Schulformen im Pflichtschulbereich, ihre Dauer sowie die Aufnahmevoraussetzungen für die einzelnen Schultypen. Dort legt er auch Grundsätze für Klassenschülerzahlen, ganztägige Schulformen sowie Klassen- und Gruppenbildung fest.

Doch nicht nur die äußere Organisation der Pflichtschulen wird zu einem bedeutenden Teil vom Bund determiniert, auch der Unterricht selbst wird von ihm vorgegeben. Im Schulunterrichtsgesetz (SchUG) finden sich Vorgaben bezüglich Unterrichtsarbeit und Leistungsbeurteilung, Aufsteigen und Wiederholen von Schulstufen, Abschlussprüfungen

etc. Darüber hinaus bestimmt der Bund den Inhalt der Lehrpläne, die durch eine Verordnung des Bundesministers für Bildung und Frauen basierend auf den einschlägigen Bestimmungen des Schulorganisationsgesetzes (für den Lehrplan der Volksschulen etwa die §§ 6 und 10 SchOG) festgelegt werden. Im Personalbereich ist der Bund zunächst gemäß Art. 14 Abs. 2 B-VG zur Gesetzgebung hinsichtlich des Dienstrechtes der Landeslehrer berufen, diese Aufgabe hat er durch das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1984 erfüllt. Die Vollziehung für Pflichtschullehrer liegt beim jeweiligen Bundesland bzw. beim Landesschulrat.

Wesentlich ist darüber hinaus auch, dass die Kosten für die Lehrer an den Pflichtschulen zwar von den Ländern getragen werden, der Bund ihnen diese allerdings gemäß § 4 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) nach Maßgabe eines gemeinsam erarbeiteten Stellenplanes einschließlich des Pensionsaufwandes zum Großteil ersetzt.

### Die Kompetenzen der Länder

Die Kompetenzen der Länder im Pflichtschulbereich liegen in der Regel zunächst im Bereich der Ausführungsgesetzgebung. So wird etwa im NÖ Pflichtschulgesetz detailliert die Organisation des Pflichtschulwesens in Niederösterreich geregelt. Unter Beachtung der Vorgaben des Schulorganisationsgesetzes determiniert das Land NÖ dort beispielsweise den Aufbau der Volks-

schulen, Hauptschulen und Neuen NÖ Mittelschulen. Darunter fallen Angelegenheiten wie Klassenschülerzahlen, Führung ganztägiger Schulformen, Vorgaben für die Errichtung und Erhaltung von Schulen und vieles mehr. Schließlich kommt den Ländern in wesentlichen Bereichen, so etwa hinsichtlich der Schulorganisation und des Dienstrechtes (Pflichtschulen), die Kompetenz zur Vollziehung zu. Diese wird jedoch zum Teil vom Landesschulrat, anders als der Name vermuten lässt einer Bundesbehörde, wahrgenommen.



**MMag. Gerald Kammerhofer**  
ist Landesgeschäftsführer des  
Gemeindevertreterverbandes der  
Volkspartei Niederösterreich



**Michael Fraberger, LL.M. (WU), BA**  
ist Jurist im Gemeindevertreterverband  
der Volkspartei Niederösterreich

# Essen auf Rädern – ein Dienst an der Gemeinschaft

## Die steuerlichen Rahmenbedingungen

von **Christoph Nestler** und **Ursula Stingl-Lösch**

Viele Gemeinden bieten den Service „Essen auf Rädern“ an. Das Prinzip ist einfach und bedeutet für viele Personen doch ein mehr an Lebensqualität. Was jedoch hat die Gemeinde steuerlich dabei zu beachten?

### Betrieb gewerblicher Art und seine Folgen

Grundsätzlich entsteht bei wirtschaftlichem Gewicht dieser (privatwirtschaftlichen) Tätigkeit ein eigener Betrieb gewerblicher Art, wenn die Einnahmen 2.900 Euro Jahr übersteigen. Der Betrieb gewerblicher Art wird sodann körperschaftsteuer- und umsatzsteuerpflichtig. In der Regel ist aufgrund eines

fehlenden Gewinns die Körperschaftsteuer unbedeutend, grundsätzlich wäre jedoch eine eigene Körperschaftsteuererklärung abzugeben. Die Umsatzsteuer aus den Erlösen (10 Prozent für Speisen) ist abzuführen. Gleichzeitig steht ein Vorsteuerabzug zu. Die Absicht, Gewinne zu erzielen ist nicht notwendig. Bei einer Preisstaffelung nach sozialen Kriterien wird in der Regel für die ermäßigten Sozialtarife steuerpflichtiges Entgelt von dritter Seite (Preisauflösung durch die Gemeinde) vorliegen. Für die Preisausgestaltung und die Förderpolitik der Gemeinde empfiehlt sich daher eine entsprechende Planung.

### Sonderthemen bzw. Problematiken

Gibt die Gemeinde den Auftrag für die Essenszubereitung und Auslieferung an einen Dienstleister (z. B. lokales Gasthaus) ab, behält sie jedoch das wirtschaftliche Risiko, so entsteht ebenfalls ein Betrieb gewerblicher Art, bei welchem, sofern die Einnahmen 2.900 Euro übersteigen, Erklärungs- und Körperschaftsteuerpflicht bei der Umsatz- und Körperschaftsteuer entsteht. Vorsteuerbeträge aus Vorleistungen sind auch hier abzugsfähig. Wird für das Service „Essen auf Rädern“ ein eigenes Kfz angeschafft, so ist zu berücksichtigen, dass für die meisten PKW sowohl in der Anschaffung als auch bei den laufenden Betriebskosten kein Vorsteuerabzug zusteht. Von dieser Regelung sind all



Wie hier im Bild das Rote Kreuz, können auch Gemeinden Essen auf Rädern anbieten.

jene Fahrzeuge (Kastenwagen, Kleinbusse) ausgenommen, welche unter die Verordnungen des BMF fallen (die dazugehörigen Listen finden sich auf [www.bmf.gv.at](http://www.bmf.gv.at) unter der Rubrik Steuern/Kraftfahrzeuge). Werden freiwillige Helfer für die Ausfuhr der Speisen herangezogen und z. B. mit einem Mittagessen entschädigt, so handelt es sich um ein Dienstverhältnis. Da Sozialversicherungspflicht vorliegt, sind die Helfer bei der zuständigen Gebietskrankenkasse anzumelden und über die Lohnverrechnung zu führen. Unterbleibt die Anmeldung, drohen ernsthafte Strafen und Nachzahlungen.

### Zusammenfassung

Möchte die Gemeinde dieses Service anbieten/fördern stellt sich grundsätzlich die Frage, ob allein oder in Partnerschaft mit einem lokalen oder überregionalem (gemeinnützigem) Dienstleister. Die genannten steuerlichen Erfordernisse (Umsatzsteuer/Lohnabgaben) sind dabei entsprechend zu würdigen und bei der Planung der Umsetzung zu berücksichtigen.

**Mag. (FH) Christoph Nestler**  
ist Steuerberater bei der  
NÖ Gemeinde Beratungs &  
SteuerberatungsgesmbH (NÖ GBG)



**Mag. Ursula Stingl-Lösch**  
ist Steuerberaterin bei der  
NÖ Gemeinde Beratungs &  
SteuerberatungsgesmbH (NÖ GBG)



# GREENice

DIE SENSATIONELLE KUNSTSTOFFEISBAHN FÜR FREIZEIT & SPORT



Greenice im Praxiseinsatz: Diese Anlage in Breitenfurt/NÖ wurde im November 2013 in Betrieb genommen

energieeffizient  
langlebig  
kostengünstig  
umweltschonend



Einfach. Schnell. Unbürokratisch. Der Onlineshop für Österreichs Gemeinden.

[www.kommunalbedarf.at](http://www.kommunalbedarf.at)

Greenice bietet Ihnen mobile und multifunktionale Eisbahnen aus Kunststoffplatten für den Innen- und Außenbereich: Volles Eislaufvergnügen ohne Eis, witterungsunabhängig, günstig in Erhaltung und Betrieb!



Information und Beratung:  
Tel: 01/532 23 88-40

GREENice in Österreich exklusiv bei



KOMMUNALBEDARF.AT

Alles für Ihre Gemeinde.



# Wie der Erste Weltkrieg NÖ veränderte

*Vom Kronland zum größten Bundesland der Republik*

von Franz Oswald

Vor 100 Jahren brach der Erste Weltkrieg aus. Reiche zerfielen, Menschen zerbrachen, die neue Friedensordnung enthielt den Keim einer noch größeren Katastrophe, die 20 Jahre später ausbrach.“ So oder so ähnlich lautet der Kern der Berichte und Kommentare zu diesem Gedenken. Es jährt sich in diesem Hochsommer mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien und der damit ausgelösten Bündnisautomatik gegenseitiger Kriegserklärungen der europäischen Mächte. In diesem Beitrag geht es nicht um eine genaue Nachzeichnung des Kriegsgeschehens, es geht um die folgenschwere Bedeutung dieses Ersten Weltkriegs für Niederösterreich und damit seine Gemeinden. Denn der Krieg brachte nicht nur ein verändertes Europa samt einem dramatisch erneuerten Österreich, er veränderte auch Niederösterreich von Grund auf: Aus dem Erzherzogtum Österreich unter der Enns, dem Stamm-, Kern- und Kronland des Kaisertums Österreich mit Wien als Hauptstadt, entstand das Bundesland Niederösterreich in der neugeschaffenen Republik. Jetzt freilich „geköpft“ – ohne Wien und damit ohne Hauptstadt.



Foto: Sammlung Kosner

**Blick in eine Munitionsfabrik**

## Niederösterreich – ein loyales Kronland

Dazu eine kurze Rückblende: Niederösterreich war am Vorabend des Ersten Weltkriegs ein gut geordnetes, dem Herrscherhaus gegenüber loyales Kronland, bewährt in Jahrhunderten als Schutzschild der Reichshaupt- und Residenzstadt.

Die aufkommende Industrialisierung, ein starker Bauernstand ebenso wie neue demokratiepolitische Entwicklungen kennzeichneten das Kernland der Monarchie. Die Begeisterung für den Krieg überwog anfangs Partei- und Standesinteressen, selbst die grundsätzlich pazifistische Sozialdemokratie rief durch ihren legendären Führer Victor Adler zunächst zur Kriegsteilnahme auf (Adler: „Wer sich besiegen lassen will, steht tiefer als das Tier.“)

## Langes Ringen statt Blitzkrieg

Der Kriegsverlauf war unterschiedlich: Aus einem vermeintlichen Kurz-, ja Blitzkrieg wurde ein mehr als vierjähriges, hin- und herwogendes Ringen, wobei sich die fast schon totgesagte

österreichisch-ungarische Armee als überraschend kampfstark erwies. Erst mit dem Eingreifen der USA an der Seite der Kriegsgegner wendete sich, wie übrigens dann auch im Zweiten Weltkrieg, das Blatt, die Mittelmächte gingen als völlig erschöpfte Verlierer aus dem Völkerringen hervor.

## Niederösterreich neu – weltkriegsverändert

Was bedeutete dies für Niederösterreich? Die neu entstandene Republik Österreich war auf ein Achtel des Staatsgebietes und mit 6,5 Millionen Einwohner auf ein Neuntel der Einwohnerschaft der Monarchie geschrumpft. Niederösterreich, zunächst noch mit Wien, war das mit Abstand größte Bundesland und stellte einwohnermäßig mehr als die Hälfte der neuen Republik. Zunächst aber stand Niederösterreich nach dem Zerfall der Monarchie unmittelbar an der Wiege des neuen Österreich: Bereits am 21. Oktober 1918 kam es im niederösterreichischen Landhaus in der Wiener Herrngasse zur Einberufung einer Provisorischen Nationalversammlung der ehemaligen

**Hofrat Prof. Dr. Franz Oswald**  
Chefredakteur der  
NÖ Landesregierung i.R.,  
jetzt freier Journalist



deutschsprachigen Reichsratsabgeordneten, am 30. Oktober wurde eine Provisorische Staatsverfassung beschlossen. Am 5. November konstituierte sich die niederösterreichische Landesversammlung, und am 4. Mai 1919 gab es die erste Landtagswahl, die durch Wien eine klare Mehrheit der Sozialdemokraten brachte.

### Unerlässliche Trennung von Wien

Die Trennung Niederösterreichs von Wien, endgültig wirksam per 1. Jänner 1922, erwies sich somit aus mehreren Gründen als unumgänglich: Es waren zum einen die übrigen Bundesländer, die auf Abspaltung drängten, denn ein Niederösterreich mit Wien wurde als zu dominant angesehen. Zudem war es für Niederösterreichs Christlichsoziale nur schwer erträglich, von einem „roten“ Landeshauptmann regiert zu werden. Man nahm dafür den Verlust wesentlicher Einnahmequellen in Kauf, die nun Wien zuflossen und so erst – was oft übersehen wird – die zweifellos beachtlichen kommunalen Leistungen Wiens in der Zwischenkriegszeit ermöglichten. Wien sollte noch auf Jahrzehnte Sitz der niederösterreichischen Zentralbehörden bleiben.

### Die Rolle der Gemeinden

Bleibt schließlich die Frage: Welche Rolle kam Niederösterreichs Gemeinden in diesem bisher schrecklichsten aller Kriege zu? Die einfache Antwort: Jene, die sie immer spielten. Sie stellten dem Kaiser verlässliche Soldaten,

sicherten mit ihrer Bauernschaft die Ernährung der Reichshauptstadt und trugen ebenso zur Versorgung der Kriegsfront bei. Nicht zu vergessen ist Niederösterreich als Produktionsland von Kriegsgerät und Munition: Vor allem das Industrieviertel war Sitz kriegswichtiger Fabriken, so in Wiener Neustadt, Hirtenberg, Felixdorf, Neunkirchen und Wöllersdorf. In diesem Raum arbeiteten in Spitzenzeiten bis zu 100 000 Menschen, darunter viele Frauen, Flüchtlinge und Gefangene. Kriegswichtiges Gerät wurde ebenso in Berndorf, Sankt Veit an der Triesting und Sankt Pölten erzeugt. Gleichzeitig beherbergte eine Reihe von Gemeinden – so Gneixendorf, Sigmundshergberg, Wieselburg, Spratzern und Gmünd – Kriegsgefangenen- und/oder Flüchtlingslager.

### Niederösterreich – Hort des Ausgleichs

So lässt sich resümieren: Das neue Niederösterreich mit seinen damals mehr als 1600 Gemeinden war – allen Entwicklungshemmnissen zum Trotz – von Beginn an ein Hort des politischen Ausgleichs. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg war das Land auch Hauptnährer der zunächst noch fast zwei Millionen zählenden Bundeshauptstadt Wien. Nicht zuletzt blieb die Dialektik zwischen dem „roten“ Wien und dem „schwarzen“ Niederösterreich bis heute ein wesentliches Element der mittlerweile EU-integrierten österreichischen Republik.



Foto: Sammlung Kosner

Als die ersten Verletzten von der Front heim kamen, hatte der Krieg auch Niederösterreich erreicht. Hier das Rekonvaleszentenheim in Baden.

### Die EVN SonnenKraft-Potenzialanalyse

Wollen Sie die natürlichen Ressourcen nutzen und Ihr Image als umweltfreundliche Gemeinde steigern? Dann identifizieren Sie jetzt die optimalen Standorte für Sonnenenergie in Ihrer Gemeinde! Die EVN unterstützt Sie dabei.

Gerade bei der Nutzung von Sonnenenergie hängt der erzielbare Ertrag ganz wesentlich von einer optimalen Positionierung und Ausrichtung der PV-Anlage zur Sonne ab.

Es stellen sich Fragen wie

- Welche Flächen sind geeignet?
- Wo ist ein guter Ertrag zu erwarten?
- Welche Standorte sollten ausgeschlossen werden?

Die Antworten erhalten Sie mit der EVN SonnenKraft-Potentialanalyse. Dabei werden alle bestehenden Gebäude und sonstigen Flächen Ihrer Gemeinde hinsichtlich ihrer SonnenKraft-Eignung bewertet. Erstmals können damit potentielle Standorte für Solar- und Photovoltaik-Anlagen flächendeckend klassifiziert werden. Die Aufbereitung der Daten erfolgt im Geographischen Informationssystem Ihrer Gemeinde.

### Interessiert?

**Kontaktieren Sie Ihre/n EVN Kundenbetreuer/in oder rufen Sie uns an: 02236 / 200 20500.**



entgeltliche Einschaltung

Akademieleiter  
Harald Bachhofer,  
Landesrat Karl  
Wilfing, Christian  
Schneider,  
Geschäftsführerin  
Anna-Margaretha  
Sturm,  
Gerald Kammerhofer  
und GVV-Präsident  
Alfred Riedl



# Neuer Vorsitzender in der NÖ Kommunallakademie

*Gerald Kammerhofer folgt Christian Schneider*

**von Franz Oswald**

**W**echsel an der Spitze der Kommunallakademie Niederösterreich: Auf den bisherigen Vorsitzenden des Vorstandes, Mag. Christian Schneider, der diese Funktion zwölf Jahre lang ausübte, folgt Gerald Kammerhofer, Landesgeschäftsführer des Gemeindevertreterverbandes der Volkspartei NÖ. Die Neuwahl im Rahmen der kürzlich erfolgten Generalversammlung war durch die Bestellung Schneiders zum Magistratsdirektor in Waidhofen/Ybbs notwendig geworden. In seinem Rückblick gedachte Schneider zunächst seines vor Kurzem verstorbenen Vorgängers Roman Häußl, dem die Akademie immer ein großes Anliegen war. Die Akademie selbst habe sich zu einem Erfolgsmodell entwickelt, sie wurde auf Basis eines neuen Leitbildes zur Nummer eins unter Österreichs Gemeindeakademien. Vor allem die Kooperation mit der Wissenschaft habe sich bewährt, die Einführung

*Die Kooperation mit der Wissenschaft hat sich bewährt.*

des Internen Kontrollsystems (IKS) die Gemeindeverwaltung effizienter gemacht. Dazu kamen die neue Schriftenreihe, Fernlehre-Elemente und Auslandskontakte, Qualität und Quantität konnten wesentlich gesteigert werden. Fast 120.000 Besucher in nahezu 3000 Kursen und Seminaren seit 1971 seien deutliche Belege dafür.

## **Ehrendenken für Christian Schneider**

Als Vertreter des Landeshauptmanns dankte Landesrat Karl Wilfing dem scheidenden Vorsitzenden, überreichte diesem das Ehrenzeichen der Akademie und unterstrich deren hohen Stellenwert in den Gemeinden. Akademie-Geschäftsführerin Anna-Margaretha Sturm verwies vor allem auf den Anstieg der Prüfungskurse, ebenso auf zahlreiche neue Schulungsthemen, zuletzt wegen Schaffung der Landesverwaltungsgerichte. Zukunftsthemen seien unter anderem das IKS sowie E-Learning. Großen Stel-

lenwert haben auch die Schulungen zu den diversen Wahlen. GVV-Präsident Alfred Riedl würdigte ebenfalls das Wirken Schneiders und betonte, die Arbeit der Akademie werde als Folge steigender Herausforderungen an die Gemeinden immer wichtiger.

## **Einstimmige Wahl**

Die einstimmige Neuwahl des Vorstandes brachte folgendes Ergebnis: Vorsitzender Gerald Kammerhofer, Stellvertreter Ewald Buschenreiter, Geschäftsführerin Anna-Margaretha Sturm, Finanzreferent Alfred Thaller, Organisationsreferent und Akademieleiter Harald Bachhofer, Rechnungsprüfer Klubobmann Klaus Schneeberger und Karl Zimmerl. Akademieleiter-Stellvertreter ist Franz Dworak. Der neue Vorstandsvorsitzende Kammerhofer, der die Akademie als Kommunaljurist und als Vortragender sehr gut kennt, betonte die Selbstverwaltung der Gemeinden und die daraus resultierende Verpflichtung zur Weiterbildung.

# Abschlusspräsentation der Kommunalmanager

*Erfolgreiche Projektarbeiten vor Jury der Akademie 2.1 vorgestellt*

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 10. Kommunalmanagerlehrganges präsentierten im h@us 2.1 in St. Pölten ihre Projekte. Insgesamt 17 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter haben keine Kosten und Mühen zu ihrer Weiterbildung gescheut. Mit viel Engagement und Durchhaltevermögen haben sie 13 Module absolviert und auf Kosten ihrer Freizeit an den Wochenenden meist zweitägige Schulungen besucht.

Zur Erreichung des Diploms musste jeder Teilnehmer zusätzlich eine praxisnahe Projektarbeit verfassen, die Ende Mai vor einer vierköpfigen Jury präsentiert wurde. Die positive Beurteilung der verfassten Projektarbeit, welche die Inhalte sämtlicher Module spiegeln muss sowie eine erfolgreiche persönliche Präsentation sind Voraussetzung für die Erlangung des „Diplomierten Kommunalmanagers“.

Insgesamt 13 der Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben diese Voraussetzungen bravourös gemeistert und erhielten im Rahmen der feierlichen Diplomverleihung am 1. Juli 2014 vom 2. Landtagspräsidenten Hans Heuras und den Trägern der Akademie 2.1, VP-Landesgeschäftsführer Gerhard Karner, GVV-Präsident Alfred Riedl und Vereinsobmann Klubdirektor Leopold Steinmayer ihre Diplome überreicht.

Diese neuen Kommunalmanagerinnen und Kommunalmanager zeichnen sich durch überdurchschnittliches politisches Interesse und engagiertes Einbringen in der kommunalen politischen Arbeit aus und sind ein Gewinn für Ihre Gemeinde. Insgesamt sieben Bezirke und zwölf NÖ Gemeinden können nun von bestens ausgebildeten



Die Jurymitglieder Gerald Kammerhofer, Landesgeschäftsführer des GVV, und Christoph Fuchs vom VP-Landtagsklub.

Kommunalmanagern profitieren. Mit dem Ziel: „Bildung als Vorsprung in der Gemeindepolitik“ erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von professionellen Trainern und Vortragenden eine fundierte politische Basisausbildung sowie praxisnahe Tipps und Musterbeispiele von erfahrenen Expertinnen und Experten. Im Lehrgang wurde zudem viel Wert auf persönliche und fachliche Stärkung der eigenen Fähigkeiten gelegt.

„Jetzt haben wir ein ausgezeichnetes Rüstzeug für unsere politische Arbeit. Besonders geholfen hat auch der intensive Erfahrungsaustausch mit gleichgesinnten Kommunalpolitikern. Ich kann die Teilnahme am Kommunalmanagerlehrgang der Akademie 2.1 nur jedem Gemeindepolitiker empfehlen,“ so Vizebürgermeisterin Helga Rosenmayer aus Gmünd, frisch gebackene Kommunalmanagerin.

Seit dem 1. Kommunalmanagerlehrgang

im Jahr 2003 wurden von der Akademie 2.1 insgesamt 159 Kommunalmanager ausgebildet. Der 11. Lehrgang läuft seit Februar 2014 und wird im Dezember abschließen.



JVP-Gemeindegruppenobfrau Beate Vavra aus Krumnussbaum.

Foto: Günter Rapp

Landesrat Stephan Pernkopf, Rektorin Sonja Hammerschmid von der Veterinärmedizinischen Universität und Bürgermeister Alfred Riedl



# Grafenwörth wird „Uni-Gemeinde“

*In ehemaliger Volksschule Seebarn entsteht eine Vogelschutz-Warte*

von Franz Oswald

**G**rafenwörth erhält eine universitäre Einrichtung für Wildtierkunde und Ökologie, konkret eine Aussenstelle für Vogelschutz und Vogelbeobachtung der Veterinärmedizinischen Universität Wien. Diese „Vogel-Warte“ entsteht in der ehemaligen Volksschule in Seebarn. Ein entsprechender Vertrag zwischen der Veterinärmedizinischen Uni, dem Land Niederösterreich, das für die Adaptierung des Gebäudes sorgt, und der Marktgemeinde Grafenwörth – vertreten durch Rektorin Sonja Hammerschmid, Landesrat Stephan Pernkopf und Bürgermeister Alfred Riedl – wurde kürzlich unterzeichnet.

## Gegen starke Konkurrenz durchgesetzt

Der Standort Grafenwörth hat sich gegen Konkurrenz aus Oberösterreich (Hausruckgebiet) und dem Burgenland (Illmitz) durchgesetzt. „Die Seebarn- Einrichtung ist ein Qualitätssprung in Sachen Vogelkunde, denn Österreich war bisher auf einschlägige Daten,

*Das Programm beinhaltet vor allem die Vogelberingung, die Erforschung des Vogelflugs und der Vogelpopulation, die Schulung der freiwilligen Mitarbeiter, Befassung mit naturschutzrechtlichen Fragen und Ähnliches mehr.*

vor allem den Vogelflug betreffend, aus Deutschland angewiesen“, unterstreicht Univ.-Prof. Walter Arnold von der Veterinärmedizinischen Uni den hohen Stellenwert dieser Einrichtung. Den Zuschlag erhielt Seebarn wegen der Nähe zum Wagram und zu den Donauauen. Arnold ist Leiter des Departments für Integrative Biologie und Evolution an der Uni, hiezu gehören die Forschungsstelle für Wildtierkunde und Ökologie sowie das Konrad-Lorenz-Institut für Vergleichende Verhaltensforschung, gleichzeitig wissenschaftliche Zentrale für Vogelschutz. Die Vogel-Warte Seebarn

ist Außenstelle dieses Instituts und wird nach ihrer Inbetriebnahme 2015 von einem eigens für Ornithologie berufenen Professor, dem Italiener Leonida Fusani, betreut.

## Forschung und Öffentlichkeitsarbeit

Das genaue Programm für Seebarn beinhaltet vor allem die Vogelberingung, die Erforschung des Vogelflugs und der Vogelpopulation, die Schulung der freiwilligen Mitarbeiter sowie die Befassung mit naturschutzrechtlichen Fragen und Ähnliches mehr. „Die Vogel-Warte wird aber auch Öffentlichkeitsarbeit leisten, Exkursionen veranstalten, Schauräume gestalten“, weist Arnold auf den erweiterten Aufgabebereich dieser Uni-Aussenstelle hin. Worüber sich Alfred Riedl, nunmehr auch Bürgermeister eines Uni-Dorfes, verständlicherweise besonders freut. „Die Adaptierungsarbeiten unter der Bauleitung von Architektin Monika Binder sind voll im Gange, der Termin 2015 ist gesichert“, verweist Riedl auf die rechtzeitige Fertigstellung.

## Impressum:

**Herausgeber:** Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich (Kommunalpolitische Vereinigung - KPV) 3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4

**Mit der Herausgabe beauftragt:** Landesgeschäftsführer

MMag. Gerald Kammerhofer

**Medieninhaber:** Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., 1010, Wien, Löwelstraße 6, Tel.: 01/532 23 88-0, Fax: 01/532 23 88-22

www.kommunalverlag.at

**Geschäftsführung:**

Mag. Michael Zimper

**Chefredakteur:** Mag. Helmut Reindl, E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at

**Mitarbeit:** Mag. Sotiria Taucher, Prof. Dr. Franz Oswald, Dr. Walter Leiss, MMag. Gerald Kammerhofer,

**DTP:** Österreichischer Kommunal-Verlag, Thomas Max

E-Mail: thomas.max@kommunal.at

**Anzeigenverkauf:** Peter Fahrleitner,

Tel.: 01/532 23 88-40,

E-Mail: peter.fahrleitner@kommunal.at

**Fotos:** NÖ Landeskorrespondenz, Erwin Wodicka (www.bilderbox.biz), Foto Baldauf (www.bilder.services.at), iStock Photo (www.istockphoto.com)

**Hersteller:** Leykam Druck, 7201 Neudorf

**Erscheinungsort:** 2700 Wr. Neustadt

**Auflage kontrolliert:** 12.800 Exemplare. Direktversand ohne Streuverlust an folgende Zielgruppen in NÖ: Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebeamte). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle

Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Beamten der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen.

Dieses „Fachjournal für Kommunalpolitik“ erreicht alle für die Kommunalpolitik wichtigen Meinungsträger im größten österreichischen Bundesland. Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder Medieninhabers decken.

# Litschau: Finanzexperte als neuer Bürgermeister

*Nachfolger des verstorbenen Otto Huslich*

Litschau im Bezirk Gmünd, Österreichs nördlichste Stadt, hat einen neuen Bürgermeister: Nach dem Tod von Otto Huslich wurde Rainer Hirschmann am 16. Juni mehrheitlich zum neuen Stadtchef gewählt. Hirschmann kam am 3. Juni 1977 zur Welt, maturierte 1995 am Gymnasium in Waidhofen/Thaya und trat nach dem Bundesheer in den NÖ Landesdienst, hier in die Finanzabteilung, ein. Ab 2001 war er für kommunale Finanzierungen zuständig. Seit 2012 arbeitet Hirschmann, privat begeisterter Jäger und Junggeselle, als stellvertretender Leiter des Landespflegeheims Litschau. Seit 2009 gehört er dem Gemeinderat an, wurde 2010 Vizebürgermeister und für Finanzfragen zuständig, kennt also



Rainer Hirschmann

das Finanzfach aus Landes- wie aus Gemeindegesehen. Der weitere Ausbau des Tourismus und die Modernisierung der Infrastruktur sind die besonderen Schwerpunkte des neuen Stadtchefs, der auch dem Bezirksvorstand des GVV angehört.

## Buch zum 80er von Alois Mock

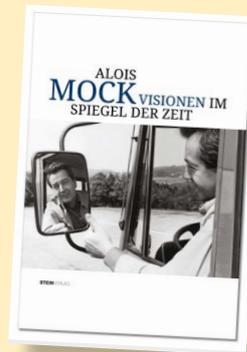
Anlässlich des 80. Geburtstags von Alois Mock ist ein eine in vielerlei Hinsicht ungewöhnliche Anthologie erschienen. Sie ist kein Bericht von Weggefährten Alois Mocks. Sie ist kein Rückblick auf sein Leben und Wirken, keine Würdigung seiner Visionen. Sie ist vielmehr alles in einem.

Das Buch ist eine Hommage an Alois Mock, den Menschen, den Politiker, der seiner Zeit immer voraus war und der sie dadurch maßgeblich mitgestaltete. Mit mehr als dreißig Beiträgen hochkarätiger Autoren zu Alois Mocks Lebensthemen, die sich auch in seiner politischen Karriere abbildeten: Bildung,

Sport, Europa – und über allem die christlich-soziale Idee.

Die Beiträge stammen unter anderem

von José Manuel Barroso, Erhard Busek, Hans-Dietrich Genscher, Niki Glattauer, Johannes Hahn, Jean-Claude Juncker, Othmar Karas, Sebastian Kurz, Robert Menasse, Erwin Pröll, Martin Schulz, Wolfgang Schüssel, Karl Schwarzenberg, Michael Spindelegger und Pater Georg Sporschill



*Alois Mock. Visionen im Spiegel der Zeit, herausgegeben vom Alois Mock Institut – Forum für Zukunftsfragen, Steinverlag, 344 Seiten, 212,90 Euro. ISBN: 978-3-901392-46-7*



## WER STEHT HINTER IHNEN? UND IHREN ERFOLGREICHEN PROJEKTEN? **HYPO NOE PUBLIC FINANCE.**

Als Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand bietet die **HYPO NOE GRUPPE** maßgeschneiderte und individuelle Lösungen. Der ganzheitliche Ansatz für öffentliche Auftraggeber beginnt bei einer umfassenden Bedarfsanalyse mit kompetenter Beratung und reicht bis

zur **professionellen Abwicklung inklusive zuverlässiger Projektrealisation**. Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand - für die öffentliche Hand - informiert Sie der Leiter Public Finance, Wolfgang Viehauser, unter +43(0)5 90 910-1551, [wolfgang.viehauser@hyponoe.at](mailto:wolfgang.viehauser@hyponoe.at)

[www.hyponoe.at](http://www.hyponoe.at)



HYPO NOE  
GRUPPE

Die Bank an Ihrer Seite.